DM 0,50 im Straßenverkauf DM 1,00 in Buchhandlungen
nr. 1
12. März 1973

WIR WOLLEN ALLES

Inhalt

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:
München: Arbeitersache c/o Basis 8 München 13, Franz-Josefstr.26
Frankfurt: Revolutionärer Kampf 6 Ffm 1, Postfach 4202
Köln: Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch 5 Köln 41, Zülpicher Straße 197
Hamburg: Proletarische Front c/o Renate Schmitt 2 Hamburg 20, Haynstraße 3
Bremen: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes 28 Bremen, Kirchbachstr. 144
Nürnberg/Erlangen: Friederike Pfannenmüller 852 Erlangen, Werner von Siemens-Straße 8



Solang sich Abs nicht in die Hose faßt, Wird keine Arbeit angefasst!

HEISSER FEBRUAR: DER HOESCH–STREIK

Es gibt eine Art von linkem Journalismus: man fährt – möglichst mit Tonband – an den Ort der Bewegung, guckt und redet ein bißchen und haut dann einen Bericht in die Schreibmaschine. Dem ist zu entnehmen, daß anderswo gekämpft wird und daß es so gut sei. Linksliberale Leute machen solche Berichte, aber auch die verschiedenen Parteiaufbauorganisationen. Wir halten diese Methode für falsch. Weil diese Berichte an der Oberfläche hängen bleiben, weil sie nicht wirklich die Erfahrungen der Kämpfenden vermitteln.

Dennoch sind wir, die diesen Bericht schreiben – Genossen des „Revolutionären Kampfs", die in Frankfurt, Rüsselsheim und Offenbach arbeiten –, ins Ruhrgebiet gefahren, als wir von dem Streik bei Hoesch hörten. Warum? In dem Hoesch-Streik sahen wir den ersten Höhepunkt einer neuen Kampfbewegung im Ruhrgebiet. Um daraus zu lernen, sind wir hingefahren. Um diese kleinen Erfahrungen zu vermitteln, schreiben wir diesen Bericht. Das ist alles.

Für uns haben solche Erfahrungen eine klare Bedeutung: die Beschränktheit der eigenen Praxis überwinden helfen. Wie das Kaninchen auf die Schlange – so starren wir beispielsweise seit über zwei Jahren auf den Opel: massenhaft Flugblätter haben wir geschrieben, haben über Abteilungskonflikte berichtet, haben uns mit diesem und jenem auseinandergesetzt, haben auf Betriebsversammlungen Putz gemacht und haben vor allem immer und immer wieder von dem einen Opel geredet. Die Erfolge sind indes sehr bescheiden geblieben; nicht daß schlimm wäre und auch nicht daß es nichts wäre: daß tausende von Opel-Arbeitern über eine öffentliche Ohrfeige für einen Betriebsratslurch lachen und wissen, warum er die gekriegt hat – das ist schon was. Weil wir es aber bisher versäumt haben, uns nach außen zu wenden, Bewegungen und Kämpfe außerhalb unserer unmittelbaren Erfahrung zur Kenntnis zu nehmen, deswegen wurden wir auch in unserer Praxis zunehmend phantasieloser und festgefahrener. Und es gab Genossen, die sagten: Hat das überhaupt Sinn, die Arbeit beim Opel mit seiner Friedhofsruhe? Wir hatten zwei Jahre lang Erfahrungen gemacht bei einem Zustand relativer politischer Bewegungslosigkeit – der Streik bei Hoesch bot uns die Möglichkeit, in der Situation einer Kampfbewegung veränderte Erfahrungen zu machen. Gleich hier müssen wir freilich zufügen, daß es uns im Moment nicht gelungen ist, diese Erfahrungen in unsere Praxis weiterzuvermitteln: so schlecht steht es im Moment um unsere Arbeit beim Opel, daß diesmal nicht einmal die Flugblattverteilung geklappt hat. Nur wenige Flugblätter kamen in den Opel rein; etliche Kollegen wollten den Streikenden bei Huf in Velbert (über diesen Streik werden wir in der nächsten Nummer berichten) Geld spenden: bloß standen die Verteiler, die das Geld entgegennehmen sollten, nicht vorm Tor! Daß das Ganze kein technisches Problem ist, ist klar.

Wir werden im Folgenden keine „Einschätzung" des Hoesch-Streiks geben: das positiv, das aber negativ. Das hat den Grund, daß unsere Erfahrungen viel zu dünn sind. Das hat aber auch einen prinzipiellen Grund: wir sind gegen jegliche linke Schulmeisterei, wir halten nichts von den Rezepten und Ratschlägen, wie die Genossen von der ML sie oft verbreiten („Streikkomitees bilden! Fest zusammenschließen! Niederlagen in Siege verwandeln! Arbeiterverräter entmachten! Vom ökonomischen zum politischen Kampf!"). Solche Sprüche sind entweder Kalauer oder Schreibtisch-Anmaßungen. Daß ein Streik zusammenbricht, liegt nicht daran, daß die Arbeiter noch nicht genug auf die Partei hören, sondern liegt daran, daß der Feind sich noch zu tief in ihrem Bewußtsein verankert hat, liegt also daran, daß sie **selber** noch nicht von der Möglichkeit eines Siegs überzeugt sind. Wenn es bei der Revolution und den einzelnen Schritten dahin wirklich um die Befreiung gehen soll, dann kommt es nicht darauf an, in Nachahmung bürgerlicher Organisationen die Mas-



DEMONSTRATIONSZUG DER HOESCHARBEITER DURCH DIE DORTMUNDER INNENSTADT

sen hinter einer Avantgarde zu sammeln, sondern kommt es darauf an, daß die Massen selbst ihre Kraft entfalten. Das revolutionäre Bewußtsein wird nicht in die Massen hineingetragen, die Massen werden es aus sich selber schöpfen. Wer das bestreitet, wiederholt im Grunde genommen einen erzbürgerlichen Spruch: die Arbeiter sind dumm, die Intellektuellen dagegen viel schlauer. Und wer das nicht bestreitet, muß anfangen, in der gegenwärtigen Bewegung (und nicht in den Büchern der revolutionären Weisen) die revolutionären Kräfte aufzuspüren.

Unser Bericht soll ein solcher Versuch sein. Er hat zwei Teile. Der erste versucht, möglichst konkret den Ablauf des Streiks, die Diskussionen der Arbeiter während des Streiks und danach, die Streikatmosphäre darzustellen. Klar hat der Bericht Schwächen, wir arbeiten nicht bei Hoesch; inwieweit z. B. die gewaltigen anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen mit ein bestimmendes Moment des Streiks waren, können wir nicht beurteilen. Dennoch glauben wir, – gestützt auf unsere Erfahrungen und Gespräche in Dortmund – die wesentlichen Momente und Inhalte des Streiks getroffen zu haben. – Im zweiten und allgemeineren Teil versuchen wir, anhand der politischen Erfahrungen der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet darzustellen, daß die anwachsende proletarische Bewegung dort in ihrer revolutionären Tendenz eine antigewerkschaftliche Richtung hat oder haben wird. Dieser Teil setzt sich kritisch mit den Gruppen auseinander, die den bisherigen Kampf der Ruhrarbeiter als nur ökonomischen Kampf sehen und ihn als solchen verstärken wollen. Wir verstehen diese Kritik nicht als Abkanzelung dieser Genossen, sondern als – unvollständigen – **Beginn** einer solidarischen Auseinandersetzung. Antwortet uns!

1. DER STREIKBERICHT

~~GENEHMIGTER~~ STREIK

DIE PROZENTUALE SCHWEINEREI

Das Ende des offiziellen Teils der Metalltarifrunde 72/73 zeichnet sich ab: am Morgen des 5. Januar wird in den drei Werken der Hoesch-Hütten-AG Dortmund, Westfalenhütte, Phoenix und Union (insgesamt 25.000 Beschäftigte) der Tarifbeschluß bekannt: die Tarifkommission der IG-Metall hatte in der Nacht vorher einem Abschluß von 46 Pfg. für die Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen zugestimmt. Die Kollegen sind empört, vor genau zwei Wochen noch hatten sie in der ersten Urabstimmung mit fast 100% für die Forderung von 60 Pfg. gestimmt. Die Verkehrsbetriebe im Werk Phoenix und die Kranführer im Oxygenstahlwerk in der Westfalenhütte legen jetzt aus Protest für kurze Zeit die Arbeit nieder. Bei diesen Kleinstreiks bleibt es vorerst, die Hoesch-Arbeiter werden von den Gewerkschaftsfunktionären auf die zweite Urabstimmung verwiesen – dort könne man ja demokratisch nach dem Willen der Mehrheit über weitere Kampfmaßnahmen beschließen.

Der Wille der Mehrheit ist eindeutig: 66,6% der Ruhrarbeiter stimmen gegen den Abschluß, für Streik; bei Hoesch sind es sogar 76 %! Trotzdem: satzungsgemäß sind 75% der Stimmen für Streik erforderlich, der Kampf scheint vor dem Ausbrechen abgewürgt. Der Betriebsrat kündigt schnell innerbetriebliche Verhandlungen an, wo er über die 46 Pfg. hinaus noch eine Menge herausholen werde; die Empörung der Kollegen scheint aufgefangen. Dann aber legt Arbeitsdirektor Sieber (der Arbeitsdirektor ist eine Mitbestimmungseinrichtung!!) folgenden Vorschlag vor: die innerbetrieblichen Zulagen sollen – rückwirkend ab 1.1. – entsprechend den Hoesch-Lohngruppen verteilt werden. Mit anderen Worten: rückwirkend die Umwandlung des linearen Abschlusses in einen prozentualen. Die Begründung des Vorstands: für die Hüttenwerke bedeute der Abschluß eine Durchschnittserhöhung von 6,4%, für die metallverarbeitenden Hoesch-Werke aber von 7,2%; diese Spanne soll die innerbetriebliche Zulage überbrücken – aber nicht linear, sondern prozentual, so daß die effektive Erhöhung **für jede einzelne der 45 Hoesch-Lohngruppen** 7,2% betragen würde. Was bedeutet das faktisch? Da für die Lohngruppen 1 – 14 das lineare Ergebnis prozentual eh mindestens 7,2% ausmacht, bekommen diese Lohngruppen – und das betrifft 2.021 Kollegen – **keinen Pfennig mehr!** Ab Lohngruppe 15 gäbs dann 1 Pfg., usw., bis Lohngruppe 45 mit 21 Pfg; in dieser Lohngruppe gibts aber in allen drei Dortmunder Hoesch-Werken zusammen ganze fünf Kollegen!

Der Betriebsrat berät über dieses „Angebot" – wie üblich unter Ausschluß der Betroffenen: die Kollegen hören nur Gerüchte. Da fällt einigen Vertrauensleuten der Text des Vorschlags in die Hände: sie fotokopieren ihn und bringen ihn unter den Kollegen der Nachtschicht vom 8. Februar in Umlauf. Wo immer das Papier auftaucht, fangen die Kollegen an, über diese neue Schweinerei von Sieber und dem Vorstand zu diskutieren ...

STREIKBEGINN

... und der große Knall läßt nicht lange auf sich warten: nachts um vier legt auf der Westfalenhütte (dem größten der drei Werke) die **Feineisenstraße** die Arbeit nieder. Im September 69 machten die Facharbeiter den Anfang, auch im Januar waren es Facharbeiterabteilungen, die – kurzfristig – die Arbeit niederlegten. Diesmal anders: die Feineisenstraße beginnt; dort herrschen die härtesten Arbeitsbedingungen, dort gehören die Kollegen den untersten Lohngruppen an – den Gruppen 13 und 14, wie uns später gesagt wird; sie hätten also nach dem Angebot des Vorstands keinen Pfennig bekommen.

Vorerst bleiben sie die einzigen, die streiken; Forderungen stellen sie noch nicht auf. Waren die Facharbeiter-Vertrauensleute für die **Vorbereitung** des Streiks wichtig (Verteilen der Information), so wurden die Facharbeiter wieder wichtig bei der Ausdehnung des Streiks: mit Beginn der Frühschicht um 6 Uhr legen die Eisenbahner, die Kranführer der Kaltwalzwerke und die Schlosser aus verschiedenen Abteilungen die Arbeit nieder. Das trägt wesentlich zur Ausweitung des Streiks bei. Es bilden sich kleine Trupps, die durch die Abteilungen ziehen und rufen: „Streik! Treffpunkt alte Kantine! Versammlung vorm Haupttor!" Zuerst vereinzelt und zögernd, nach und nach aber geschlossen schließen sich die übrigen Kollegen dem Streik an und ziehen mit. In verschiedenen Abteilungen, z. B. in der Mechanischen Hauptwerkstatt, mit Gewalt: Meister werden verprügelt, streikunwillige Kollegen zwangsweise in den Zug eingereiht. Als der erste Zug an der alten Kantine anlangt, ist sie abgeschlossen. Später hören wir: einer im Anzug hätte dort gesagt, er hätte keinen Schlüssel und könne auch keinen beschaffen. Da hätten die Kollegen an der Tür gerüttelt – und zwei Minuten später sei der Typ auch schon mit dem Schlüssel da gewesen. Bis 10 Uhr liegen die wichtigsten Abteilungen der Westfalenhütte still. Die alte Kantine wird zum Ort der ständigen Streikversammlung.

War der Streik bisher spontan von den Massen gerade der Nicht-Qualifizierten getragen und geführt worden, so tauchen jetzt die selbsternannten ‚Avantgarden' auf: Vertrauensleute, der Vorstand der Vertrauensleute, Facharbeiter in der Regel. Sie sind es, die das Mikrofon – ein traditionelles Machtinstrument aller Feinde der Massendemokratie – besetzt halten, sie sind es wahrscheinlich, die die Streikforderungen – 14 Pfennige für alle! Bezahlung der Streikstunden! – beschließen und lancieren. Sie, im wesentlichem SPD- und ein paar DKP-Leute, sind in den folgenden Tagen das informelle Streikkomitee.

Warum gerade 14 Pfennige? Sie sind der Differenzbetrag zwischen gewerkschaftlicher Forderung und gewerkschaftlichem Abschluß. Zum einen sehen die Kollegen aufgrund der Preissteigerungen, der Einstufung in höhere Steuerklassen und dem Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge die 60 Pfg. als Minimum an, um weiter wenigstens so leben zu können wie bisher. Zum andern aber ist die griffige Forderung – 46 + 14 = 60 – ein Angriff auf die alljährliche Verhandlungsfarce der Gewerkschaft, auf die ewige Kompromißbereitschaft, die Forderungen nur als Ausgangsbasis für eigenmächtige Verhandlungen, nicht aber als Minimalanspruch ansieht; sie ist ein Angriff darauf, daß überhaupt verhandelt und nicht gekämpft wird. Insofern ist die Forderung nicht lanciert, sondern Ausdruck des spontanen Willens der Massen. Andrerseits wurde aber nicht der Versuch gemacht, **öffentlich** über eine höhere Forderung zu diskutieren – obwohl viel Kollegen von 18 Pfg., von 20 Pfg., von den 30 Pfg. des September 69 redeten, oder den Sprechchor „14 Pfennig!" mit einem anderen beantworteten: „40 Pfennig!"

WAS GIBT ES DENN DA ZU VERHANDELN

Bis Mittag dehnt sich der Streik auch auf die Werke Union und Phoenix aus: auf Union steht das Blockwalzwerk, auf Phoenix das Blechwalzwerk. Schon jetzt kommt der erste Abwiegelungsversuch des Betriebsrats: Betriebsratsvorsitzender Pfeiffer erklärt den versammelten Streikenden in der alten Kantine, der Vorstand sei zwar für 13 Uhr zu Verhandlungen bereit, er sei aber nicht bereit, unter Druck zu verhandeln und fordere deswegen die Kollegen auf, die Arbeit wiederaufzunehmen. Die Antwort: ein gellendes Pfeifkonzert. Der Sprecher der Vertrauensleute Borchert (SPD) erklärt unter dem Beifall der Kollegen: „Der Druck wird nicht von usn, sondern von dem Angebot des Vorstands ausgelöst. Wir streiken weiter, bis die 14 Pfg. zugestanden sind!"

17 Uhr sind die Verhandlungen mit dem Vorstand beendet, Pfeiffer kommt zurück und erklärt: „Die Werksleitung hält an ihrem Vorschlag fest. Keinerlei Zugeständnisse an die Streikenden." Borchert darauf: „Kollegen, die Dockarbeiter von London haben mehrere Monate gestreikt, ein paar Wochen werden wir auch noch durchhalten." Ein Teil der Kollegen findet eine spontane Antwort auf die Unverschämtheit des Vorstands: man zieht zum Verwaltungsgebäude, etwa 100 Kollegen stürmen ins Haus; der Vorstand aber ist inzwischen ausgeflogen, von Harders heißt es, er habe sich in den Schwarzwald zurückgezogen. Mehrere Vertrauensleute stellen sich nun den nachströmenden Kollegen entgegen: „Kollegen, das Haus ist leer, hier sind nur noch Putzfrauen, das hat doch alles keinen Sinn." Die Kollegen ziehen zur alten Kantine zurück, ohne auch nur Zigarren mitgenommen zu haben.

Immer wieder ziehen jetzt Gruppen von Kollegen spontan los, um im Werk „nach dem Rechten zu sehen", um Arbeit zu verhindern und Streikbrecher mitzuziehen. Am Abend des ersten Streiktages steht in der Westfalenhütte bis auf Hochofen 7 alles still, während bei Union und Phoenix in vielen Abteilungen weitergearbeitet wird.

SOLANGE DER ARSCH INNE HOSE PASST WIRD KEINE ARBEIT ANGEFASST !!

Freitag ist der zweite Streiktag. Um 7 Uhr kommen wir nach längerem Suchen – kaum ein Dortmunder weiß von dem Streik, die Lokalpresse berichtet an diesem Morgen zum ersten Mal davon – vor der Westfalenhütte an. Mit gemischten Gefühlen lassen wir die Dinge auf uns zukommen, fragen ein paar Lehrlinge nach der Streikversammlung und warum sie nicht streiken: „Wir haben kein Streikrecht und Angst vor dem Rausschmiß." Gestern hätten sie die Arbeiter aus der Lehrwerkstatt holen wollen, aber viele Lehrlinge hätten Schiß vor dem Meister, obwohl sie sich mit dem Streik solidarisieren. In den Pausen gehen sie immer in die Streikversammlung.

Wir unterscheiden uns von den streikenden Arbeitern mit ihren Schutzhelmen und Graumännern, indem wir rumlaufen wie verirrte Politkader, die in die diskutierenden Arbeitergruppen nicht integriert sind.





So wollte z. B. ein Genosse gleich am Anfang seinen „lebendigen" Bezug zur Fabrik dadurch zum Ausdruck bringen, daß er einen Arbeiter darauf ansprach, ob sie vor dieser Streikschicht auch gestochen hätten, um die Betriebsbürokratie durcheinanderzubringen; er fiel voll auf den Arsch, als er hörte, daß es bei Hoesch gar keine Stechuhren gibt; der Kollege konnte nur lachen. – Wir fragen zunächst ein paar jüngere Arbeiter, was bisher gelaufen ist. Nachdem wir so die ersten Informationen haben, laufen wir rum wie falsches Geld und wissen uns nicht zu verhalten.

Nach langem Zögern – denn wir haben Angst rauszufliegen – trauen sich einige von uns in die alte Kantine, die schon auf Werksgelände liegt. Und es stört offensichtlich niemanden, wir können beobachten. Wir freuen uns über die dufte Kommunikation in der Kantine; in kleineren Gruppen sitzen die Arbeiter um die Tische herum, unterhalten sich, spielen Karten, lesen die reichlich herumliegenden Zeitungen und Flugblätter. Ab und zu gibt einer aus der Gruppe, die sich um das Mikrofon schart, Informationen durch: „In einzelnen Abteilungen gehen Meister und Vorarbeiter mit Listen für ‚Arbeitswillige' herum. In der SM 3 wird zum Teil noch gearbeitet, gehen wir doch mal hin." Und später:



„Um 9,30 Uhr versammeln wir uns vor der Kantine zur Demonstration zum Alten Markt." Vom Mikrofon her heißt es: Rundfunk und Fernsehen verschweigen unseren Streik, gehen wir in die Öffentlichkeit, zeigen wir, daß wir streiken und warum wir streiken. Und es ergeht, wie so häufig in diesem Streik, von den ‚Verantwortlichen' her die Aufforderung zum disziplinierten Verhalten: „Kollegen, laßt die Bierflaschen hier, wir müssen in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck machen. Bildet ordentliche Fünferreihen!" Die Kollegen ziehen mit ein paar schnell angefertigten Pappschildern los (Zur gleichen Zeit ziehen zwei andere Züge von Union und Phoenix los). Von „Ordentlichen Fünferreihen" kann keine Rede sein. Vier von uns laufen im letzten Drittel der Demonstration mit. Wir haben Hemmungen, die Parolen mitzuschreien und können wieder nur beobachten: es ist – trotz Regen – ein lustiger Haufen von 3.000 Kollegen – sie haben keine Legitimationsschwierigkeiten und keine Vermittlungsprobleme; ihr Verhalten zur Bevölkerung ist unmittelbar und lebendig. Zu einem langhaarigen Jugendlichen am Straßenrand: „Wenn du so alt bist wie ich, marschierst du auch!" In der Vororteinkaufsstraße zu einem haltenden Mercedes-Fahrer: „Ich hätt ja nie gedacht, wieviele Leute morgens um zehn nichts zu tun haben." An einer riesigen Berufsschule vorbeiziehend, aber zu weit, um zu rufen, wird gewunken und vereinzelt den oben stehenden Mädchen die Faust mit dem Daumen zwischen den Fingern entgegengereckt; fast alle Schüler stehen am Fenster und winken. Als ein Wagen quer durch die Demonstration fahren will, sind sie sauer, daß sie gespalten werden und lassen ihn nicht durch. Einige erkennen einen Kollegen, der mit seiner Frau am Fenster steht: „Komm lieber mit oder schaffst du's nicht mehr? Nimm die Hand vom Frosch!" Auch untereinander haben sie viel Spaß. „Geht mal schneller, ich muß zur Schicht!" Als die Demonstration am Hertie vorbeigeht, ruft einer mit lässiger Handbewegung: „Kommt, nehmen wir schnell noch den Hertie mit!"

Die Genossen, die mit den Phoenix-Arbeitern zum Alten Markt gehen, können es als Frankfurter Spontis mit Bullenerfahrung nicht fassen, daß die Kollegen über einen Kilometer auf dem Bürgersteig laufen; erst als er zu schmal wird, gehen sie auf die Straße. Wir können nicht verstehen, daß ein Vertrauensmann auf der Kundgebung sich bei der Polizei für die Verkehrsregelung bedankt.

Auf dem Marktplatz treffen zuerst die Kollegen von der Westfalenhütte ein und wiederholen dort ihre Demonstrationsparolen:

4 PFENNIG SIND FÜRN HUND – 14 PFENNIG SIND GESUND!
SOLANGE DER ARSCH NOCH INNE HOSE PASST
WIRD KEINE ARBEIT ANGEFASST!
WIR BRECHEN MIT DEM ALTEN BRAUCH:
PREISE RUNTER; LÖHNE RAUF!
WENN DER ARBEITER ES WILL, STEHEN ALLE RÄDER STILL!

Auf der Kundgebung werden die Forderungen der Öffentlichkeit vorgetragen; es reden dieselben wie in der Kantine, vorneweg Borchert. Den Kollegen aber macht es Spaß, sich als Arbeiter in der Öffentlichkeit zu zeigen, und der Jubel ist am größten, als nacheinander die Züge von Phoenix und Union eintreffen. Man bekundet sich gegenseitig die Bereitschaft, weiterzukämpfen, man begrüßt sich. Die, die übers Mikrofon reden, bekommen – weil das halt so üblich ist – Beifall, das ist aber auch alles. Viele Kollegen machen ironische Bemerkungen über die markigen und so standhaften Dauerredner: das ist nicht im entferntesten eine Distanzierung vom Streik, sondern nur von dessen selbsternannter ‚Avantgarde'.

Die Züge gehen in ihre Werke zurück. Auf dem Rückweg erfahren wir in einzelnen Gesprächen, was konkret im einzelnen hinter der 14-Pfg-Forderung steht: „Meine Frau rechnet öfters mal durch, das kommt dann raus, daß selbst die 60 Pfg. die Preissteigerungen nicht decken würden. Die Kinder brauchen ihr Geld. Lebensmittel, Steuern und Krankenkasse, Versicherungen – alles wird teurer." Einer sagt: Mir gehts darum, daß alle gleich bezahlt werden, ob das jetzt 14 Pfg. oder nur 8 Pfg. mehr sind. Das macht bei mir höchstens 20 DM aus und ich komme mit meinen 760 DM eh nicht hin." Ein Dritter: „Ich bin in Gruppe 15 und mache im Monat 200 Stunden. Ich kriege nach dem Vorschlag unserer hohen Herren 200 Pfg. im Monat mehr. Brutto versteht sich. Dafür bekomme ich ja noch nicht mal eine Schachtel Zigaretten."

Als sich der Zug wieder der Westfalenhütte nähert, kommt die siegessicher langsam gerollte Drohung: „Harders – wir kommen!"

PFEIFFER – DAS SPRACHROHR DES VORSTANDS

Nach der Demonstration versammeln sich die Arbeiter wieder in der alten Kantine und warten auf die Mittagsschicht, um sie über den Streikverlauf zu informieren und sie aufzufordern, an der Streikversammlung teilzunehmen. Informationen werden durchgegeben, die Forderungen werden in Beiträgen wiederholt und stark applaudiert. Ein Jugendvertreter übermittelt Solidaritätsgrüße der Lehrlinge und fordert das Streikrecht für sie.

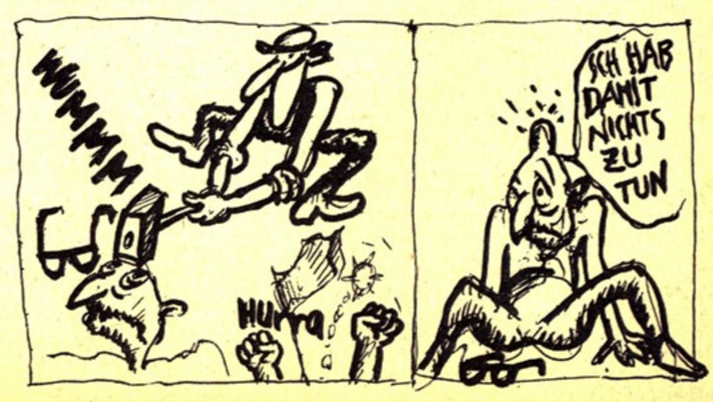
Nach langen Ankündigungen kommt der Betriebsratsvorsitzende Pfeiffer endlich um 15,30 Uhr; er kriegt Beifall, weil endlich mal wieder einer vom Betriebsrat auftaucht. Er berichtet von der Betriebsratssitzung. Von der Aufgabe des Betriebsrates spricht er, die Interessen der Kollegen zu vertreten, in diesem Fall jedoch könne er nicht den Druck von jedem einzelnen nehmen, „der auf ihm lastet." Er könne sich da nicht einmischen, „das ist eure Sache", aber er vergißt nicht, die massiven Drohungen des Vorstands zu



wiederholen: juristische Konsequenzen, der Hinweis auf das Aussetzen der Sozialversicherung, die Nichtbezahlung der Streiktage. Pfeiffer verbreitete im Grunde nur Angst, war Nachrichtensprecher des Vorstands, zitierte immer nur die juristischen Konsequenzen. Pfeiffer wird ausgepfiffen, der Sprechchor heißt: „14 Pfennig!" Als Pfeiffer aufgefordert wird, selbst Stellung zu nehmen, meint er: das sei keine Betriebsversammlung, er nehme aber trotzdem Stellung, er wolle ja nicht kneifen. Den Vergleich mit dem Dockarbeiterstreik in England weist er zurück: das sei ein gewerkschaftlich getragener Streik gewesen, hier aber handle es sich um eine innerbetriebliche Sache; die könne nicht unterstützt werden, sonst würde man den Betriebsrat schadensersatzpflichtig machen. Im übrigen sei aber der Betriebsrat Tag und Nacht zu Verhandlungen mit dem Vorstand bereit.

Die Kollegen sind zum größten Teil über das Gewäsch empört, der Sprechchor steht: „14 Pfennig!" – aber sie sind nicht beunruhigt. Das war überhaupt über lange Zeit hin die Stärke der ständigen Streikversammlung: für die Kollegen gabs nichts zu verhandeln, die Forderung hieß 14 Pfg., sie würden hier warten, bis die Zustimmung des Vorstands verkündet wird. Wer verhandeln wollte, sollte das ruhig tun – den Kollegen wars egal, für sie gabs nichts zu verhandeln und ihre Anwesenheit war für sie der Garant, daß kein Kompromiß rauskommt. Der von den Massen der





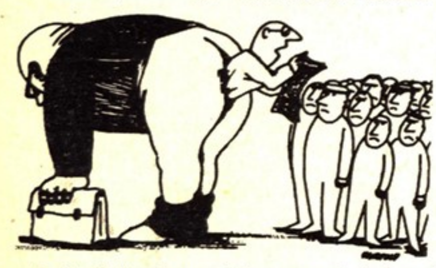
Kollegen geprägte Öffentlichkeitscharakter der Versammlung, die Tatsache, daß sie die Geschehnisse vorne am Mikrofon nicht sonderlich juckten – darin waren die Massen weit linker als alle die, die vorne so gewichtig am Mikrofon rumturnten. Das Fehlen einer gewählten Streikleitung war nicht Ausdruck der Schwäche der Massen, sondern war Ausdruck ihrer subjektiven Entschlossenheit, die sich um Formalien nicht scherte. Ein formaler Wahlakt einer Streikleitung hätte nichts geändert, dann wären bloß die Informellen formell geworden – umgekehrt wird ein Schuh daraus: daß die Massen nicht selber Organisationsformen sich geschaffen haben, die den Abbruch des Streiks durch die Vertrauensleute unmöglich gemacht hätten, war ausschlaggebend für den Zusammenbruch.

Nachdem Pfeiffer raus ist, reden wir mit einigen Kollegen über die Gewerkschaft und den Betriebsrat. Ein älterer Arbeiter betont, daß die den Streik gar nicht unterstützen können, weil sie ja selbst Kapitalisten sind. Später meinten einige, wir sollten in unseren Flugblättern verbreiten, alle sollten aus der Gewerkschaft austreten oder wenigstens den Beitrag kürzen – wenns drauf ankommt, sieht man eh nichts von der Gewerkschaft: streiken müssen die Arbeiter alleine.

Mittlerweile wird in der Kantine bekannt, daß die Geschäftsleitung an alle Kollegen Briefe verschickt mit der Aufforderung, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, sonst müsse mit der Entlassung und dem Ausfall der Krankenversicherung gerechnet werden. Auf der Versammlung einigten sie sich, daß alle diesen Brief morgen mitbringen sollten, um sich „gemeinsam daran die Hände zu wärmen". Wichtig bei dieser Verständigung war, daß das gemeinsame Handeln die Angst vor dem Brief nahm. Am nächsten Tag hatten auch alle den Wisch dabei und ein Kollege klebte eine neue Anschrift auf den Brief: An den Vorstand der Hoesch AG. Er hatte, wie viele andere auch, den Brief erst gar nicht geöffnet.

DIE "LINKEN" WÜRGER PROFILIEREN SICH

Trotz der Geschlossenheit der Kollegen am Frühnachmittag kamen immer wieder Meldungen, bei Phoenix und Union sei der Streik am Zusammenbrechen; einige Abteilungen würden wieder voll arbeiten. Es kam sogar das Gerücht auf, daß streikende Kollegen von Meistern und Vorarbeitern gehindert wurden, zur Versammlung zu kommen. Sofort wurde der Antrag gestellt, die isolierten Kollegen in ihren Abteilungen zu besuchen und abzuholen. Es bildete sich am Ausgang der Halle eine Gruppe von Kollegen. Ebenso macht einer klar, daß man zu Phoenix und Union ziehen müsse, um dort die Lage zu diskutieren und Informationen auszutauschen. Sie waren ja dort von der permanenten Streikversammlung in der Westfalenhütte ausgeschlossen. Auffällig war, daß dieser Antrag bei den Kollegen wenig Anklang fand. Es gab keine Diskussion darüber, daß die Scheißgerüchte den Streik wirklich kaputt machen können, was wohl auf das mangelnde Selbstvertrauen der Kollegen zurückzuführen ist. Diese Unsicherheit auch der Westfalenhüttenarbeiter geht soweit, daß Kollegen in demselben Satz von „Durchhalten bis zum Erfolg" reden, aber dann mit dem Mut der Verzweiflung meinen: „Wenn die uns die Streiktage nicht bezahlen wollen, dann zahlen wir sie eben selbst, ist doch egal." Wenn die VL der informel-



len Streikleitung immer wieder sagen, „wir streiken weiter und kämpfen bis zum Erfolg", so war diese ständige Wiederholung der Durchhalteparolen schon Ausdruck einer Unsicherheit, weil die Verbindung zu Union und Phoenix entscheidend wichtig war, und eine Diskussion darüber den Streik gestärkt hätte, denn dadurch hätten Initiativen entwickelt und realisiert werden können. Die Stimmung wurde auch dementsprechend mies; die Halle war am Abend verdammt leer. Vielen Kollegen blieb nichts anderes übrig, als zu saufen und Karten zu spielen.

Mit einem jungen Kollegen, den wir schon mittags kennengelernt hatten, sind wir dann zu Phoenix gefahren; was er dort erfuhr, war nicht gut: in einigen Abteilungen wurde wieder gearbeitet. Wieder zurück ging er zu denen am Mikrofon, um ihnen zu berichten. Die schrien ihn aber gleich an, er sei ja besoffen und solle ja schnell nach Hause gehen, damit die Presse nichts merkt. Und im übrigen verbreite er nur Gerüchte, sie hätten telefonischen Kontakt zu den „entscheidenden Leuten", ihnen sei nichts bekannt. Die Angst vor der Reaktion der Presse war Ausdruck der formalistischen und legalistischen Strukturen innerhalb der informellen Streikleitung. Diskussionen werden verhindert, man schneidet Initiativen ab, stellt das eigene Kommunikationsnetz, das das des Apparats ist, als entscheidend hin. Zu selbstsicher ergänzen sich Durchhalteparolen und Diskussionsverhinderung. Ohne daß es die Masse der Kollegen richtig merkt, wird das Mikrofon und die Leute drumrum zur Machtzentrale. Der junge Kollege ist unheimlich sauer und niedergeschlagen. Ein anderer sagt über die Bosse vorne: „Viele von denen spielen sich wie bunte Papageien auf, um für die nächsten Betriebsratswahlen im Gedächtnis zu bleiben. Spätestens 5 Jahre drauf hocken sie dann im Vorstand."

Ein Vertrauensmann am Mikrofon: Leute von der KPD/ML hätten sich wieder eingeschlichen, die Kollegen sollten sie doch rausschmeißen. Zwar sind die Kollegen zurecht der Meinung, daß dieser Streik ihre „ureigenste Sache" ist, aber die Rausschmißaufforderung ignorieren sie ziemlich. Wo sie uns ein bißchen schief angucken, fällt es uns nicht schwer zu erklären, wer wir sind und warum wir hier sind. Lediglich einige Vertrauensleute machen den Versuch, uns wirklich rauszuschmeißen.

Zu Anfang der Nachtschicht ist die Stimmung wieder ziemlich gut. Vereinzelt kommen Kollegen der Freischichten mit ihren Frauen und Kindern, zeigen denen alles, unterhalten sich. Sie setzen sich aber nicht zu den Schichtkollegen an die Tische, sondern gehen bald wieder. Die Kollegen singen Parolen:

ACH WAS TUN DIE AUGEN WEH, WENN ICH MEINE LOHNTÜTE SEH! Aber eins, aber eins, das ist gewiß, daß 14 Pfennig möglich ist



Man beschließt, zur Unterstützung der Kollegen auf Union hinzufahren, um Flugblätter zu verteilen, zu informieren und Kollegen mitzunehmen. Ein Kollege erzählt uns das später genau: „Am Freitag hörten wir von der Westfalenhütte, daß auf der Union gearbeitet würde. Da haben wir uns – 150 bis 200 Kollegen – entschlossen, hinzugehen. Wir haben unsere Privatautos genommen, der Rest ist mit Taxis gefahren; die haben kein Geld verlangt! Bei der Union war das Tor zu. Wir haben dran gerüttelt. Ich weiß nicht, ob wir das Tor aufgebrochen haben oder ob der Pförtner es geöffnet hat. Jedenfalls wars auf einmal offen. Wir sind reingegangen, drinnen stand einer von der Polizei, ein Höherer mit Abzeichen. Wir sind zu ihm gegangen und haben gesagt: „Das ist eine innerbetriebliche Sache, das geht Euch nichts an. Wir haben nichts gegen Euch." Dann sind wir weitergegangen, ins erste Walzwerk rein. Die Kollegen dort haben noch gearbeitet. Drinnen sieht das so aus: Oben auf der Bühne sind die besten Arbeitsplätze, da stehen die Freunde vom Meister. Meistens sind das auch die Vertrauensleute. So sind die auf der Union überhaupt, die Vertrauensleute, Arschkriecher, ganz anders als bei uns. Wir kommen also rein – da steht der Vertrauensmann oben auf der Bühne und schreit uns zu – ich habe mir das genau wörtlich gemerkt, was er gesagt hat: „Ihr Kommunisten, Ihr Marxisten-Leninisten, Ihr Trunkenbolde von der Westfalenhütte: Um nichts in der Welt kriegt Ihr uns von der Arbeit weg." Da haben wir überlegt, was wir machen sollten. Wir haben gesagt: wenn wir ihn zusammenschlagen, dann geht das nur gegen uns. Also haben wir nur ein paar Handschuhe hochgeschmissen, da ist er abgehauen. Wir haben mit den Kollegen geredet, die waren zum größten Teil auch für den Streik. Den Ofen haben sie noch leer gemacht, 20 Min., dann sind sie mit. Sie hatten Angst, weil draußen die ganze Geschäftsleitung, Obermeister usw., stand. Da haben wir sie alle in die Mitte genommen, damit sie nicht erkannt werden und wir sind gegangen."

Während in der Nacht zum Samstag noch Solidaritätsadressen aus anderen Hütten eintreffen, während die Streikenden für Samstagmorgen eine neue Demonstration durch die Dortmunder Innenstadt vorbereiten wollen, sieht die IG Metall ihre Chance gekommen: Sie rechnet am Wochenende mit einer verminderten Zahl von Streikenden, mit einer unübersichtlicheren Lage und schlägt zu. Was jetzt passiert, ist ein Musterstückchen in Mafiapolitik: Zuerst gibt Loderer, der sich nicht selbst nach Dortmund traut, im Westdeutschen Rundfunk ein Interview; er verbreitet nur Lügen: zu den Spannungen in der Stahlindustrie sei es aufgrund der linearen Lohnforderungen gekommen – die Lohnunterschiede hätten sich jetzt verschärft. Zweitens sagt er, die erneute Aufstellung einer linearen Lohnforderung (14 Pfg.) sei ein großer Fehler. Und schließlich: die IG Metall werde den Streik auf keinen Fall unterstützen, er sei illegal!

So stand's in der Metall

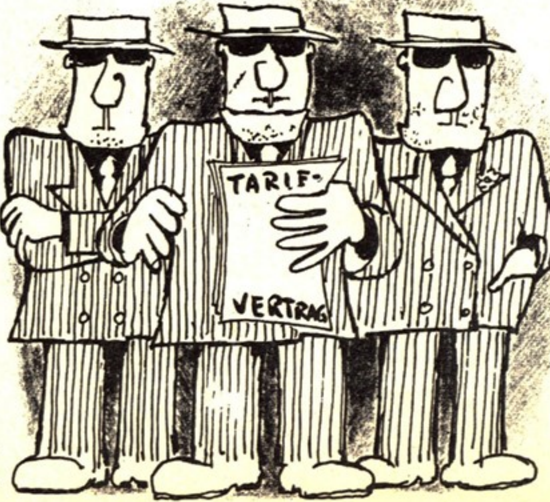
Bei Hoesch: 5 Pfennig pro Stunde zusätzlich

METALL 4/73

Zwischen Betriebsrat und Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke AG ist eine betriebsinterne Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde für die Stahlarbeiter ausgehandelt worden.

Während den Verhandlungen kam es zu einer Arbeitsniederlegung der Stahlwerker der Hoesch-Werke Union, Phönix und Westfalen-Hütte. Etwa 2000 Stahlkocher hatten deshalb auch auf dem Alten Markt in Dortmund demonstriert. **FM**

DAS STREIKENDE & DER APPARAT HAT FUNKTIONIERT



Der Apparat funktioniert: eine Tonbandaufzeichnung des Interviews wird dem Vorstand der Vertrauensleute von Hoesch zugespielt. Der Vorstand kapiert: Sofort wird der Vertrauensleutevorstand aller drei Werke zusammengetrommelt. Obwohl Kollegen, die Wind bekommen haben, ein öffentliches Vorspielen des Bandes fordern, bleibt es intern: der Vorstand will die Äußerung Loderers „analysieren". Um 18 Uhr ist er soweit. Eine gemeinsame Erklärung der drei Vorstände wird den tausend Kollegen in der alten Kantine vorgelesen: „Der Streik hat keine Basis mehr, Union und Phönix sind nicht mehr streikbereit. Deshalb wird der Streik abgebrochen."

Kein Wörtchen darüber, nach wessen Pfeife sie da tanzen. Die Kollegen im Saal sind fassungslos, erst Totenstille, dann Pfiffe und Pfuirufe, dann Tumulte. Kollegen gehen an das Mikrophon und sagen: „Wir streiken weiter! 14 Pfg.!" Oder: „Das ist eine Lüge, Union streikt!"

Jedesmal geht wieder einer vom Vorstand der Vertrauensleute ans Mikrophon und wiederholt lapidar die Lüge: „Man muß einsehen, daß alles zwecklos ist." Ein Kollege fragt: „Wer will arbeiten?" Totenstille, keine Reaktion. Ein Marsch zu Phönix wird vorgeschlagen, Diskussionsgruppen bilden sich – plötzlich aber ist das Mikrophon abgedreht, ohne Mikro kann sich keiner verständlich machen. Die Kollegen sind vollkommen verwirrt, laufen hin und her; die Halle leert sich, kaum hat sie der Letzte verlassen, ist sie schon abgeschlossen. Der Streik ist abgewürgt.

WARS NUR EINE NIEDERLAGE?



Montagmorgen um 6 Uhr bei Beginn der Frühschicht stehen wir wieder vorm Tor der Westfalenhütte in der Oesterholzstraße. Wir reden mit einigen Kollegen, die von der Nachtschicht kommen, später mit anderen in einer nahegelegenen Kneipe.

Wor wir über die genauen Umstände des Streikzusammenbruchs am Samstagabend reden wollen, stoßen unsere Fragen ins Leere. Das ist ein Reden über eine Leiche, die Sache ist eben gelaufen. Aus dem, was die Kollegen erzählen, merkt man: keineswegs ist der Streik einfach abgebröckelt, mangels Masse; der Vorstand lügt, wenn er sagt: „Der große Teil der Arbeitswilligen hat sich gegen die Minderheit der Streikenden durchgesetzt." Im Gegenteil: der Wille, weiterzustreiken, war am Samstag da und er ist auch am Montag noch da. Man merkt aber auch: die Streikfront ist nicht in einer offenen und langandauernden Auseinandersetzung zusammengebrochen. Das Ganze war vielmehr ein Trick, ein Coup weniger Leute, die Kollegen sind verdutzt, verwirrt, ratlos: über ihre Köpfe hinweg und ohne daß sie es richtig gemerkt hätten, war der Streik auf einmal zuende. Das gibt zu denken. Die Kollegen sprechen – fast in Frageform – von verschiedenen Gründen: von den alten Knackern auf Union und Phoenix, die durch ihre Arbeitsaufnahme die Westfalenhütte eingekreist hätten;

von den Drohbriefen und -flugblättern, die der Vorstand rausgegeben hatte; sie reden von den Unterschriftenlisten für „Arbeitswillige", manchmal hätten sich wenige eingetragen, dann wieder sehr viele, Genaueres weiß keiner; einer meint: Es geht nicht um die 14 oder 30 Pfg. – wir machens immer wieder falsch, wir vergessen, das Grundübel anzupacken – und er zeigt auf den Baum, an dem im schönen September 1969 eine Puppe von Hoesch-Chef Harders hing!

Obwohl an diesem Morgen keiner der Kollegen den genauen Ablauf des Zusammenbruchs kennt, eins ist für alle klar: der Betriebsrat, der Vorstand der Vertrauensleute, Loderer und die IG Metall – sie alle spielen eine Rolle; nicht daß sie einfach versagt hätten – sie müssen alle beim Zusammenbruch des Streiks aktiv mitgemischt haben, das ist klar. Das ist die wesentliche Erfahrung für die Kollegen aus diesem Streik: der Betriebsrat hat sich mit seinen Warnungen objektiv gegen den Streik gestellt; das Schwein Loderer hat sich öffentlich gegen den Streik gestellt; und vor allem: der Vorstand der Vertrauensleute hat sich sofort der Direktive Loderers gebeugt und den Zusammenbruch organisiert. Der Streik war über weite Strecken vom Vertrauen in die eigene Kraft getragen gewesen, man ließ die Vertrauensleute am Mikrofon gewähren. Jetzt war aber eingetreten, was die Kollegen am wenigsten erwartet hatten: der Vorstand der Vertrauensleute hatte direkt **gegen** ihre Interessen gehandelt und es gelang ihm, **sich damit durchzusetzen!** Ein alter Verbündeter hatte sich als nicht nur potentieller Gegner entlarvt. Die Kollegen werden das so schnell nicht vergessen.

Die Kollegen, mit denen wir geredet haben, waren aber keineswegs resigniert, sondern nur wahnsinnig wütend. Sie empfanden den Zusammenbruch nicht einfach als Niederlage, sondern als vorläufige Niederlage: man hat Fehler gemacht, daraus muß jetzt gelernt werden. Nirgendwo zogen wieder die alten Sprüche ein: „Der Arbeiter ist sich uneins!" Niemand bereute den Streik, niemand gab was drauf, daß die Streiktage nicht bezahlt werden. Jetzt am Montag, wo die Forderung von 14 Pfg. erst mal vom Tisch ist, zeigt sich in aller Klarheit, worum es eigentlich ging: die Kollegen beschreiben diesen Kampf als **eine** Kampfmaßnahme in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kapital, sie begreifen das als eine politische Auseinandersetzung. Sie verstehen sich als Avantgarde, sie haben 1969 angefangen und gewonnen, sie haben sich zwischendurch gewehrt und sie haben auch jetzt wieder angefangen. Sie stellen ihren Kampf eindeutig als einen **politischen** Kampf dar: zwischen Hoesch-Arbeitern und Vorstand, um die Lebensinteressen der Kollegen. Diesmal hat sich der Vorstand für die Niederlage im September 1969 rächen wollen, deshalb ist er hart geblieben, es ging ihm nicht ums Geld, sondern ums Exempel. Insofern sei es eine Niederlage. Sie sagen: daraus muß jetzt gelernt werden. Ein Fehler sei auf jeden Fall der Zeitpunkt gewesen – **vor** der Tarifrunde wäre besser gewesen oder sehr viel später, wenn das Gerede von der gerade abgeschlossenen Tarifrunde nicht mehr zieht, wenn die Preise weiter gestiegen sind. Keiner glaubt, das Fehlen einer Streikleitung wäre ausschlaggebend für die Niederlage gewesen, denn sie wissen alle: das ist bloß eine formale Frage, auf die Kraft und die Phantasie der Massen kommt es an. So meint einer, man müsse es in Zukunft anders machen: die Abteilung streikt zwei bis drei Stunden, dann wird sie von der nächsten abgelöst usw.; die Produktion bricht zusammen, der Vorstand verliert den Überblick, der Streik ist schwerer unter Kontrolle zu bringen. Ein anderer sagt: Jeder Kollege muß Frau und Kinder mitbringen, dann besteht ein größerer Zusammenhalt, eine größere Kraft, dann machts auch mehr Spaß. Und worauf sie alle bestehen: wenn jetzt auch nur einer fliegt, wird wieder gestreikt!

Was meinen wir, wenn wir sagen, die Hoesch-Arbeiter haben das Bewußtsein von einem politischen Kampf? Die Kollegen sehen ihren Kampf nicht als innerbetriebliches Nachspiel der Tarifrunde an, bei dem es darauf ankommt, diesen jetzigen Lohnbeschiss ein bißchen zu ihren Gunsten zu verändern. Sie sehen vielmehr eindeutig den politischen Zusammenhang von Tarifrunde, aufsteigender Konjunktur, steigenden Preisen, linearer Lohnforderung, IG Metall- und Hoeschvorstand. D. h. sie begreifen die lineare Lohnforderung als vereinheitlichendes Kampfinstrument, das den Interessen der Kollegen entspricht, bei der es nicht nur um Geldbetrag, sondern vor allem um die Solidarität als Kampf**basis** geht. Und die Kollegen haben erlebt, daß sich die IG Metall solange es ging gegen die Linearität gewehrt hat, weil sie die solidarische Bewegung der Basis, die dahintersteht, fürchtet. Früher haben die Kollegen dumpf erlebt, daß sie im Zustand eigener Passivität verschaukelt wurden – diesmal gab es eine aktive Bewegung der Kollegen und sie mußten sehen, daß die IG Metall ihr Gegner ist ; und das um so mehr, als Eugen Loderer in seiner Rede gegen die Linearität genauso wie der Vorstand von Hoesch argumentiert hat: das sei gleichmacherisch, verwische den Zusammenhang von Lohn und Leistung. Die Hoesch-Arbeiter haben gesehen, daß Betriebsrat und IG Metall nichts dagegen taten, daß ihr lineares Lohnergebnis durch das betriebliche Zusatzangebot wieder in ein prozentuales verwandelt werden sollte. Die Hoesch-Arbeiter wollten **mehr** Geld und sie wollten es linear. Sie sagten: wir brauchen beträchtlich mehr Geld, weil die „Erhöhung" sonst lächerlich ist, und wir brauchen es linear; wir brauchen eine gemeinsame solidarische Kampfbasis, um unsere Lebensbedingungen verbessern zu können – das Eine hängt am Andern. Und sie sahen, daß die gemeinsame Front von Vorstand und IG Metall ihnen beides zerstört. Am Schluß stand der Vorstandssprecher Friedrich Vogel triumphierend da und sagte großmütig: eine Erhöhung der innerbetrieblichen Zulage über das Angebotene hinaus komme zwar nicht in Frage – aber über den Verteilungsmodus könne man ja noch reden. Und ein Betriebsratmitglied beeilte sich festzustellen: man werde jetzt zu einer linearen Regelung kommen: 5 Pfg. für alle (die dadurch entstehende Gesamtsumme ist identisch mit der, die beim gestaffelten Angebot des Vorstands entstanden wäre). Mit anderen Worten: wo Ihr jetzt nichts kriegt – dieses nichts könnt Ihr ruhig linear haben!

DAS NACHSPIEL

Die Leitung der Vertrauensleute brach den Streik ab, die DKP-Betriebszeitung schrieb am Montag: „Kampfaktionen der Belegschaft stärken die Verhandlungsposition des Betriebsrats!" und der Betriebsrat akzeptierte Anfang der Woche die Beschißregelung: 5 Pfennig für alle. Wenig später, am Freitag den 16.2., kommt der große und vorläufig letzte Clou: Der Vorstand kündigt die fristlose Entlassung von 8 Kollegen, darunter Vertrauensleute (auch Borchert) und 2 Betriebsräte, an. Begründung: „Rädelsführerschaft" – man höre und staune! Mit Schadensersatzforderungen wird gedroht. Die Strategie des Vorstands ist klar: erstens soll Angst verbreitet werden, ein Streik tät sich nicht lohnen. Dann: der Vorstand weiß genau, daß es im Falle von Entlassungen wieder zum Streik kommen wird – deswegen soll fast ausschließlich Vertrauensleuten und Betriebsratmitgliedern, zu denen das Vertrauensverhältnis der Kollegen jetzt sehr gebrochen ist, gekündigt werden. Und schließlich: gerade deswegen soll den Kollegen damit gezeigt werden, wer nach wie vor ihre „wahren Vertreter" sind: Betriebsräte und Vertrauensleute, das verlorene Vertrauen soll wiedergewonnen werden. Die IG-Metall sieht sofort, daß sie vom Vorstand wie seinesgleichen betrachtet wird, und handelt mit: Rudi Judith, im Vorstand der IG-Metall für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen zuständig, bittet den Vorstand, „ob die Anklage nicht zurückgenommen werden kann." Der Vorstand habe sein Ziel ja auch schon mit der Androhung erreicht!! Und wörtlich: „Der Schuß vor den Bug hat ja gewirkt."

Und so geht alles dann sehr schnell: auf Drängen der Vertrauensleute wird für Donnerstag, den 22.2. eine außerordentliche Betriebsversammlung festgelegt. Aber schon einen Tag vorher nimmt der Vorstand die Kündigungen – „mit großen Bedenken" – zurück. Am nächsten Tag auf der Betriebsversammlung ist dann der Dampf doppelt draußen. Der Streik ist vorerst endgültig zuende.

Zum Schluß die Worte eines Kollegen, der für die Richtigkeit seiner Aussage steht: „Die VK-Leitung hat den Streik von Anfang an mit der Absicht übernommen, ihn sobald wie möglich abzuwürgen. Die am Samstagabend von der VK-Leitung verkündete Meldung, daß Union und Poenix wieder voll arbeiten würden und deswegen die Streikbasis nicht mehr gegeben sei, war eine glatte Lüge: in Wirklichkeit wurde bei Union und Phoenix am Samstagabend nur in ganz wenigen Abteilungen gearbeitet, weitere Streikbereitschaft war – wie auch in der Westfalenhütte – vorhanden!"



TEIL 2

WANN BRENNT DIE RUHR?

Anlaß und unmittelbare Vorgeschichte der letzten Streiks im Ruhrgebiet war die letzte Metalltarifrunde. Wer aber die Erfahrungen, die die Arbeiter machen, nicht auf das alljährliche Tarifspektakel beschränken will, muß einen gewaltigen Schritt zurück machen. Denn der wirkliche Hintergrund der aktuellen Kämpfe im Ruhrgebiet, das ist der Verlauf, den die kapitalistische Entwicklung dort in den letzten zehn Jahren genommen hat. Dabei haben die Arbeiter – schärfer und unmißverständlicher als anderswo – einschneidende Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen sind die Basis ihrer Kämpfe.

Es begann mit der Krise in der Kohleindustrie. Zechen wurden stillgelegt; Arbeiter, die jahrzehntelang auf einer Zeche gearbeitet hatten, wurden rigoros massenhaft entlassen. Sie wurden aus dem Zusammenhang ihrer Kollegen gerissen, bekamen entweder keine Arbeit mehr oder anderswo schlechtere und schlechter bezahlte. War früher die Zeche nicht weit von der Wohnung, so hatten sie jetzt auf einmal einen weiten Anfahrtsweg. Sie machten Erfahrungen damit, was ganz konkret ein „Sozialplan" der Kapitalisten ist. Und sie machten insgesamt Erfahrungen damit, wie brutal die Planlosigkeit der kapitalistischen Entwicklung ist und auf welcher Seite der Staat dabei steht.

Dann kam die Rezession 1966/67, die die Stahlarbeiter – das Gros der Arbeiter an Rhein und Ruhr – in besonderem Maße traf. Wieder massenhaft Entlassungen, Lohneinbußen, Verbreitung von Angst und Unsicherheit. Die Arbeiter erlebten, wie klein sie in dieser Gesellschaft gemacht werden können, daß an sie und ihre Interessen zuallerletzt gedacht wird. Und mit der Wiedereinstellung und dem Wiederaufschwung kehrte keineswegs die kleine Sicherheit von früher wieder. Die Angst um den Arbeitsplatz hatte die Arbeiter fürs erste gefügig gemacht, die Unternehmer benutzten die Krise als Motor der kapitalistischen Entwicklung. Es kamen Werkszusammenschließungen mit den Folgen: Lohneinbußen und Arbeitsverschlechterungen. Und vor allem: die Unternehmer rationalisieren – wie nach jeder Krise – was das Zeug hält. Mit aller Konsequenz wird die analytische Arbeitsplatzbewertung durchgeführt, d. h.: die Arbeitsgänge werden noch mehr zersplittert und vereinfacht, die Leerzeiten fallen so gut wie weg, das Arbeitstier Mensch wird optimal ausgenutzt. Im Lohn bringt das noch größere Differenzierungen und noch größere Unübersichtlichkeit, die Lohnunterschiede spalten noch mehr.

Und ganz genauso eindeutig, politisch sogar noch wichtiger sind die Erfahrungen mit der Gewerkschaft. Hatte die angebliche Interessenvertretung der Arbeiter schon gezeigt, daß sie nichts dagegen machen konnte und wollte, daß die Krise voll auf die Arbeiter abgewälzt wurde; hatte sie gezeigt, daß sie nichts gegen Stillegungen und Entlassungen tat – so wurde ihre Tätigkeit nach der Krise noch perverser: was schon längere Zeit geplant war, wurde jetzt in die Tat umgesetzt: durch ihre aktive Teilnahme an der vollen Durchführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung wurde die Gewerkschaft zum direkten Motor der kapitalistischen Ent-



wicklung. Hatten die Arbeiter schon lange gesehen, daß die Gewerkschaft kaum etwas für ihre Interessen tat, so fanden sie die Gewerkschaft jetzt auf einmal direkt auf der anderen Seite wieder: in den neuen Bewertungssystemen und damit in der Verschärfung der Arbeitshetze. Konnte man sich früher der Gewerkschaft bedienen, um gegen „Auswüchse" vorzugehen, so wurden jetzt Gewerkschaft und Unternehmensleitung teilweise eins.

MACHT ES WIE DIE HOESCH-ARBEITER HOESCH-ARBEITER KOMMEN WEITER

Diese Erfahrungen sprechen für sich, sie haben die Elemente von Kritik am Kapitalismus im Bewußtsein der Arbeiter konkreter werden lassen: der Feind, seine Maßnahmen und seine Helfershelfer waren sichtbarer und damit auch greifbarer geworden. Und im Herbst 1969 griffen die Arbeiter zu. Die neuen Produktionsrekorde auf dem Rücken der Arbeiter, die erdrückende Sommerhitze bei der Arbeit, die Lohndifferenzen innerhalb der Betriebe – das war der aktuelle Hintergrund der großen Streikbewegung vom September 1969, deren Zentrum die Stahlindustrie des Ruhrgebiets war und die von den Hoesch-Arbeitern ausging. Die Arbeiter begannen, gemeinsam die Erfahrungen der letzten Jahre umzusetzen: nicht indem sie anfingen, sich zu organisieren; nicht indem sie dem kapitalistischen System den Krieg erklärten – sondern indem sie sich ein erstes gemeinsames und vereinheitlichendes Kampfinstrument schufen: die **lineare** Lohnforderung. **Vor** der Tarifrunde und **vor** der Bundestagswahl forderten sie in ihren spontanen Streiks (insgesamt haben weit über 150 000 „wild" gestreikt) Erhöhungen der betrieblichen Zulagen und zwar **in gleicher Höhe für alle**. In den meisten Fällen endeten die Kämpfe nach wenigen Tagen mit einem Sieg. Das lag nicht daran, daß Unternehmer und Gewerkschaft völlig unvorbereitet waren, und das lag auch nicht daran, daß die Kämpfenden gute Streikleitungsgruppen gehabt hätten – das lag daran, daß die Arbeiter in der linearen Forderung ihr gemeinsames Interesse erkannten und daher den Streik **selbst** tragen und führen konnten; fast nirgendwo brachen sie den Streik ab in dem Vertrauen auf die folgenden „Verhandlungskünste" der Betriebsräte.

Manche Genossen, die sich gerne an der Spitze einer Bewegung sehen, mit der sie leider nichts zu tun haben, sagen nun: die lineare Lohnforderung – das sei eine bloß ökonomische und bloße Defensivforderung. Es komme aber darauf an, in diese Bewegung das politische Bewußtsein hineinzutragen. Diese Genossen irren. Denn

> **WAS MACHEN KOMMUNISTEN BEIM STREIK?**
> *Die KPD-Zelle Hoesch faßt ihre Arbeit beim Streik zusammen („Rote Fahne", 4/73, Seite 3):*
> *„Wir konzentrieren unsere Kräfte hauptsächlich auf drei Schwerpunkte: 1) Unsere Genossen sollten überall da, wo der Streikkampf sich zuspitzte, sich an die Spitze solcher kleineren Aktionen stellen, den Kampf aktiv mit vorantreiben. 2) Wir propagierten Forderungen und Maßnahmen, die geeignet waren, insgesamt das Kampfniveau des Streiks zu heben: Durchführung einer Demonstration, Bildung einer Streikleitung. 3) Wir versuchten durch unsere Agitation das politische Bewußtsein der Streikenden zu heben."*

die **lineare** Forderung drückt sehr viel mehr aus als den Satz: „Das Brot ist für alle gleich viel teurer geworden, also sollen auch alle gleich viel mehr Lohn bekommen." Die Forderung sagt (wenn auch oft noch nicht bewußt formuliert): die vielfältigen Lohnunterschiede, die durch die komplizierten und undurchschaubaren Bewertungssysteme geschaffen werden, spalten; sie schaffen künstlich Hierarchisierungen, sie entfremden den Arbeiter vom Arbeiter, sie machen aus der Arbeiterklasse, die nur gemeinsame Interessen hat, einen Haufen von Leuten, die scheinbaren Einzelvorteilen hinterherrennen; sie sollen den Anschein erwecken, als gebe es eine gerechte Entlohnung, sie sollen also vergessen machen, daß der Arbeiter – egal ob mit 6,50 DM oder 8,50 DM Stundenlohn – immer der Ausgeplünderte ist. D. h. die lineare Lohnforderung richtet sich in der Tendenz gegen das erlogene Verhältnis von Lohn und Leistung, gegen das System der Lohnarbeit insgesamt. Das macht ihre revolutionäre Qualität aus. In der augenblicklichen Defensive der Arbeiterklasse ist sie eine offensive Forderung. Warum die Arbeiter im September 1969 nirgendwo das **System** der Lohnarbeit, das **System** der Arbeitsplatzbewertung wirklich offen angegriffen haben? Weil die Arbeiter nicht gegen Systeme kämpfen, sondern für Interessen. Für Forderungen, die auf der Grundlage der **vorhandenen** Interessen und Bedürfnisse durchsetzbar und vereinheitlichend erscheinen. Konkret: die Arbeiter haben im schönen September 1969 gesehen, daß sie mit der Forderung nach gleich mehr Lohn für alle ihre eigene Kraft entfalten konnten und damit gegen die Drohungen

> **ARBEITER BITTE HINTEN BLEIBEN!**
> *Hart und zu unrecht wird das Verhalten der KPD/ML beim Hoeschstreik kritisiert, von der KPD („Rote Fahne" 4/73, Seite 3): „Die KPD/ML trat während des gesamten Streiks nicht als Partei auf, sie versteckte sich soweit, daß sie den Hoesch-Arbeitern in einem Flugblatt zurief: Kollegen – bildet die Vorhut!" Um Gottes willen, wo kämen wir denn da hin! !*

der Unternehmer und auch gegen die Abwiegelei und die Vereinnahmungstaktik des Gewerkschaftsapparats widerstandsfähig waren.



Seit dem September 1969 sind dreieinhalb Jahre vergangen. Spontane Massenstreiks, die von vielen Betrieben gleichzeitig getragen wurden, hat es in dieser Zeit nicht gegeben, wohl aber eine ganze Reihe von Betriebskämpfen. Es waren keine tariflichen Lohnstreiks, sondern Kämpfe, die sich – noch vereinzelt – gegen die kapitalistische Planung richteten: gegen Werkschließungen, gegen Rationalisierungsterror, gegen die Preissteigerungen. So demonstrierten im Oktober 1971 während der Arbeitszeit tausende von Stahlarbeitern der Klöcknerhütten in Hagen-Haspe und Eckesey und der Stahlwerke Südwestfalen gegen anstehende Stillegungspläne, denen 3 000 Kollegen zum Opfer fallen sollten; und sie demonstrierten ebenfalls gegen die damit verbundenen Rationalisierungspläne. Als im Herbst 1972 bekannt wurde, daß der internationale Chemiekonzern AKZO seine Mißwirtschaft durch Schließung mehrerer Werke auf die Arbeiter abwälzen wollte, traten **sofort** die Kollegen aus zwei AKZO-Werken in den Streik: in Breda in Holland und in Wuppertal-Bemberg (Enka-Glanzstoff); die Unternehmensleitung mußte ihren Plan zurücknehmen. – Im Juli 1972 streikten die Arbeiter des Hüttenwerks Rheinhausen für 40 Pfg. lineare Lohnerhöhung; Begründung: der miserable Tarifabschluß und die folgenden Preissteigerungen machen die Forderung notwendig. – Im August 1972 streikten die Arbeiter bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen gegen Lohnsenkung und Arbeitsverschärfung als Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen; und drei Wochen später streikten die Kollegen im Hafenbetrieb von Mannesmann in Duisburg: sie weigerten sich, weiterhin giftige Chemikalien der Bayer AG zu entladen - und hatten Erfolg. – Ebenfalls 1972 streikten die Arbeiter bei Mannesmann in Mülheim; sie kämpften gegen ein neues Schichtsystem, das für sie bedeutete: nur ein freier Samstag im Monat, oft Arbeit am Sonntag. – Das sind bloße Überschriften, keine Darstellung der Kämpfe; wir wollen damit nur sagen: die spontane Massenbewegung vom September 1969 war kein einmaliges Ereignis, in vielen Betriebskämpfen fand sie ihre Fortsetzung.



DIE MASSEN SIND LINKER ALS IHRE LINKEN VERWALTER

Im außergewerkschaftlichen und nichttariflichen Kampf schlägt sich die wirkliche Kraft der Arbeiter nieder: hier können sich die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter artikulieren, hier können die Arbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen, hier durchstoßen ihre Kämpfe die Fessel, die angeblich den Lohn an die Leistung bindet. Anders sieht es in den alljährlichen Tarifrunden aus. Die bleiben eine Sache des Apparats, der Funktionäre, der Lohnleitlinien, der kapitalistischen Vernunft und des Beschisses. Nirgendwo haben sich die Interessen und Forderungen der Arbeitermassen in den Forderungen, geschweige denn in den Abschlüssen durchgesetzt. Dennoch gibt es in den unteren Rängen der Gewerkschaft eine Bewegung, die in Opposition zur herkömmlichen Tarifpolitik steht: diese Bewegung versucht, die Bindung der gewerkschaftlichen Politik an das kapitalistische Wohl zu durchbrechen: sie versucht, die Aufstellung höherer Forderungen durchzusetzen; und sie ist vor allen Dingen dabei, der Gewerkschaft die lineare Lohnforderung aufzuzwingen. Viele Genossen halten diese Tendenz für die wichtigste Bewegung unter den Arbeitern, die es zu unterstützen und zu radikalisieren gilt. Die Parolen dieser Genossen lauten: „Die Arbeiterklasse braucht kampfstarke Gewerkschaften!" oder „Eine linke Tendenz in der Gewerkschaft aufbauen!" oder „Stärken wir die Gewerkschaften als Kampfinstrument gegen die Kapitalistenklasse!" Wir glauben, daß diese Genossen schief liegen; weil sie allein auf die Organisierung und die Avantgarde (die sie oft gern selbst wären) starren, vergessen sie ganz die Massen und ihre Bewegung. Sie sehen nicht, daß das, was in der Bewegung der Massen angelegt ist, viel radikaler als das ist, was sich in Form irgendwelcher Organisierung und Avantgarden niederschlägt. Zweifellos ist die linke gewerkschaftliche Bewegung Ausdruck der



Das Brautpaar des Jahres:
EUGEN LODERER (IG-METALL) ∞ HANS-MARTIN SCHLEYER (GESAMTMETALL)

Bewegung der Arbeiter, aber eben nur Ausdruck und Folgeerscheinung, nicht die Bewegung selbst. Zweifellos auch haben diese linken gewerkschaftlichen ‚Avantgarden' zuweilen eine positive Funktion; so haben sie etwa in den letzten Jahren wesentlich zur Radikalisierung der Tarifrunden beigetragen. Andererseits aber sind diese Gruppen nicht in kämpferischen Auseinandersetzungen entstanden, sie sind nicht der unmittelbare organisatorische Ausdruck des Kampfes, sie sind nicht ständig den Massen gegenüber verantwortlich und kontrollierbar, sie sind selbsternannt. Die Massen haben überhaupt kein Interesse an der Verbesserung des gewerkschaftlichen Apparats, sie haben das unmittelbare Interesse an der Verbesserung ihrer gesamten Lebensbedingungen. Die linken

gewerkschaftlichen ‚Avantgarden' haben Interesse daran, im Apparat stärker zu werden, um dann ihre linke Politik durchzusetzen. Das ist ein langer Weg durch die Institutionen, der Kompromisse fordert und leicht von den Massen wegführt; schnell ist diesen Gruppen ihre eigene Stärke – im Apparat oder außerhalb – wichtiger als die Bedürfnisse der Massen. Wo die Bewegung der Arbeiter







DIE LÖSUNG:
„IG Metall kritisiert Hoesch-Arbeiter" (Überschrift in „Ruhr-Nachrichten", 12.2.73)
Nach dem Streik der Hoesch-Arbeiter ließ der Vorsitzende der IG Metall in Rundfunk und Presse verbreiten, daß die Arbeitermassen das Vertrauen des Vorstands verscherzt haben und es nur durch doppelte Arbeit und doppelte Treue zurückerobern können. Wäre es da nicht doch einfacher, der Vorstand löste die Massen auf und wählte sich andere?



mit der linearen Forderung spontan an der Schwelle steht, das System der Arbeitsplatzbewertung anzugreifen und viel mehr Lohn für alle zu fordern, da wird sie von den gewerkschaftlichen Avantgarden auf die Ebene des Kalküls und der Verhandlungsvernunft zurückgepfiffen; denn durchsetzbar erscheint nur, was im Apparat durchsetzbar ist. D. h. während die Arbeiter darangehen, ihre eigenen Lebensbedürfnisse (und die gehen viel weiter als Lohnbedürfnisse) zum einzigen Gesichtspunkt ihrer Forderungen und ihrer Bewegung zu machen, gehen diese Gruppen daran, ihre apparatbezogenen Vorstellungen von Durchsetzbarkeit zum einzigen Gesichtspunkt ihrer Arbeit zu machen. Während es für die Arbeiter um sehr viel mehr geht als um die Durchsetzung ihrer Forderungen; während für die Arbeiter die Tatsache des Streiks, d. h. die Tatsache nicht arbeiten zu müssen, die Möglichkeit also, außerhalb des Zwangsverhältnisses der Arbeit die eigene Phantasie entfalten zu können, das Ausschlaggebende ist, ist für die gewerkschaftlichen ‚Avantgarden' der Streik ein bloßes Instrument zur Durchsetzung von Forderungen. Die Arbeiter wollen sich befreien, die ‚Avantgarden' reglementieren sie – gewollt oder nicht – wieder: gesoffen werden darf nicht, Disziplin! Sie haben ein taktisches Verhältnis zum Kampf der Arbeiter und seinen Inhalten. Gerade das hat sich auch beim Streik der Hoesch-Arbeiter und besonders bei seinem Abbruch gezeigt. – Die gewerkschaftlichen ‚Avantgarden' sind insofern Motor der Bewegung der Arbeiter, als sie heute in einer Phase nicht entwickelter Kämpfe der Arbeiter oft (nicht immer!) eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung und dem Ausbrechen von Kämpfen spielen. Sie sind aber auch Hemmnis der Bewegung: indem sie das Ganze in ‚realistische' und gewerkschaftliche Bahnen zurücklenken.



METALLTARIFRUNDE 1972/73

Die Metalltarifrunde schien denen der letzten Jahre zuerst ziemlich zu ähneln. Es gelang den Gewerkschaftslinken wieder, ihre Position weiter zu stärken: erstmals wurde die Aufstellung von linearen Forderungen in der Tarifkommission durchgesetzt; die Forderungen aus den Betrieben lagen häufig zwischen 15% und 17% (linear auf den Ecklohn). Der Vorstand hatte Mühe, seine Direktiven (Lohnleitlinien) in den Tarifkommissionen durchzusetzen und die Forderungen zusammenzustreichen. Das Aufstellen der zentralen Forderung (11% linear auf den Ecklohn) schien alles weitere Sache der Apparatzentrale zu sein: Auswahl von Nordrhein-Westfalen als Vorreiter, in gestaffelter Reihenfolge „härte Verhandlungen", ein paar Warnstreiks, Urabstimmung und der gehabte Beschiß. Es kam anders. Warum?

Noch sehr viel weniger als in den vergangenen Jahren war diese Tarifrunde eine bloße Lohnauseinandersetzung, ein bloßer Lohnhandel. Vorausgegangen war die Bundestagswahl; nach dem politischsten Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik gelang es der SPD – gerade durch die Stimmen der Arbeiter –, endlich einmal (zusammen mit der FDP) für vier Jahre eine gesicherte Regierungsmehrheit zu bekommen. Der Wahlkampf stand unter dem Zeichen ‚Reaktion oder Fortschritt!' und ‚Kapitalinteressen oder Interessen der Bevölkerung!' Obwohl es kaum Arbeiter gibt, die die SPD als **ihre** Partei, als Arbeiterpartei ansehen, waren es doch gerade die Arbeiter, die der SPD zum Sieg verholfen haben. Sie sagten: die Machtübernahme der Schwarzen muß verhindert werden, die SPD ist das kleinere Übel. Den Sieg der SPD feierten sie als ihren Sieg. Und diese Bundestagswahl war ein entscheidender Schritt in der Geschichte der Bundesrepublik: bisher hatten die Arbeiter vage Erwartungen an die SPD in der Regierung, daß sie sich irgendwie für die Interessen der Arbeiter einsetzen würde, daß es unter der SPD irgendwie besser werden müßte; obwohl diese Erwartungen sehr gering und zumeist recht resignativ waren, waren sie dennoch vorhanden. Und die SPD konnte bisher beschwichtigen: solange wir vom Regierungssturz durch die CDU bedroht sind müssen wir vorsichtig sein, da könne wir für euch nicht das tun, was wir gerne täten. Die Wahl hat Klarheit geschaffen: die SPD kann jetzt so ziemlich machen, was sie will. Für die Arbeiter stand jetzt die Frage: ist die SPD eine Arbeiterpartei oder eine kapitalistische Partei?







Die erste Probe aufs Exempel war die Metalltarifrunde. Hatten die Arbeiter auch nicht erwartet, daß es unter der SPD für sie sehr viel besser werden würde, so hatten sie doch eines ganz sicher nicht erwartet: daß es noch schlechter werden würde. Genau das ist aber eingetreten. Die Erfahrungen der Metalltarifrunde sind der erste Schritt eines Desillusionierungsprozesses, in den sich die SPD zunehmend klarer als das entlarven wird, was sie ist: eine kapitalistische Partei. Durch ihre Politik wird sie die Bindung der Massen an den Reformismus lockern helfen. Während und nach der Tarifrunde kamen die ersten Schläge: Preissteigerungen, Steuererhöhungen, ein möglicher neuer Konjunkturzuschlag usw. Und Brandt gab in seiner Regierungserklärung unmißverständlich die kapitalistische Parole aus: Mehr Arbeit – weniger Lohn! Die Bild-Zeitung begriff, sie faßte die Regierungserklärung freudig in der Riesenüberschrift zusammen: „Brandt: Wer mehr Geld haben will, muß auch mehr leisten!"

Schon in der Tarifrunde wurde diese Leitlinie praktiziert. Die Gewerkschaft – jetzt ganz offen ein Bonner Ministerium geworden – strich die Forderungen der Basis zusammen; im Ruhrgebiet auf 60 Pfennig = 10%. Damit war der Beschiß klar. Um den Unmut der Kollegen zu besänftigen, wurde das Tarifspektakel kämpferisch gestaltet: die Gewerkschaft wählte die Stahl- und Eisenindustrie in Nordrhein-Westfalen (230 000 Beschäftigte), den zentralen Unruheherd also, als Vorreiter aus, ließ alle drei Verhandlungen scheitern und führte am 21. und 22. Dezember letzten Jahres eine Urabstimmung durch: 97% der Kollegen stimmten für den Streik! Satzungsgemäß waren es noch drei Wochen bis Streikbeginn – in der Zwischenzeit wurde augenzwinkernd weiterverhandelt und man kam zu einem Ergebnis: 46 Pfennig = 8,5%. Sofortige Warnstreiks im Ruhrgebiet und anderswo waren die Folge. Trotzdem schien alles klar, die IG-Metall rechnete fest mit einem positiven Ergebnis der zweiten Urabstimmung am 11. und 12. Januar. Jedoch: 66,6% der Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr stimmten **gegen** das Verhandlungsergebnis der IG-Metall, in einigen Gebieten waren es sogar noch mehr Nein-Stimmen: 66,9% in Witten, 75,3% in ganz Dortmund, 76% bei Hoesch in Dortmund. Obwohl weit über die Hälfte der Arbeiter gegen das Ergebnis waren, wurde es dennoch angenommen – denn zur Ablehnung sind 75% der Stimmen notwendig. Die IG-Metall zeigte sich „bestürzt" über dieses Mißtrauensvotum: „Mitgliederschelte" sei jetzt aber fehl am Platz. Loderer: „Jetzt sind wir um die wirkliche Stimmung, wie sie dort herrscht, bereichert worden." Es hieß, man müsse jetzt innerhalb der Gewerkschaft den Informationsfluß von oben nach unten (nicht den von unten nach oben, versteht sich) verbessern; und es komme darauf an, die Ursachen dieses Mißtrauensvotums gegen die Gewerkschaft zu erforschen. Die fand die IG-Metall denn auch gleich: bei „unseren eigenen extremen Eiferern" und vor allem bei der von der IG-Metall in der Vergangenheit so hart bekämpften linearen Lohnforderung. Noch vor einem Jahr sagte der Tarifexperte der IG-Metall, Hans Mayr, eine lineare Lohnforderung sei unvertretbar, weil sie gleichmacherisch sei, weil sie – da hat der Gute freilich recht – den Zusammenhang von Lohn und Leistung durchbreche. Jetzt hieß es: genau deswegen sei das Ergebnis abgelehnt worden: die besser bezahlten Facharbeiter, die bei einer prozentualen Umrechnung des Ergebnisses schlechter weggekommen sind als die weniger Qualifizierten, hätten bei der Abstimmung den Ausschlag gegeben. Das ist natürlich ein absurdes Argument: denn läßt man sich schon auf den Blödsinn ein, die Lohnerhöhung prozentual umzurechnen, dann zeigt sich, daß die Masse der Arbeiter, die mit Nein gestimmt haben, zwischen 8,5% und 10,6% bekommen hat – also weit mehr, als ihnen ein prozentuales Ergebnis der IG-Metall gebracht hätte! Und vor allem: wenn irgendetwas das Interesse **aller** Stahlarbeiter war, dann die lineare Forderung: gleich mehr Geld für alle!

Die Urabstimmung an Rhein und Ruhr hat die Fronten der nächsten Jahre aufgezeigt: Unternehmer, Regierung, Gewerkschaften auf der einen Seite, die Arbeiter auf der andern. Die Reaktion der Arbeiter war deutlich: Wut über die Regierungserklärung Brandts, Wut über die Steuer- und Preissteigerungen, Wut über den Tarifabschluß. Als irgendwo im Ruhrgebiet von Gewerkschaftsfunktionären das Verhandlungsergebnis „erläutert" wurde, sagte ein Kollege: **„Im übrigen weise ich auf den heißen Sommer 1969 hin!"** Die Gewerkschaft hatte begriffen worum es ging: den Widerstand der Arbeiter vor dem Ausbrechen zu zerstören. Sie empfahl den Unternehmern freundlichst, doch vor dem Auslaufen der Verträge neue Lohnverhandlungen zu beginnen – so könne der augenblickliche Unmut der Kollegen gebändigt werden; andernfalls könne man für nichts garantieren, es bestehe ja schließlich doch ein gewisser Unterschied zwischen Gewerkschaft und Polizei. Und auch die andere Seite der anderen Seite hatte begriffen, worum es ging. Bankier L. Poullain: „Das wird ein heißer Sommer." Und nach dem Streik der Hoesch-Arbeiter meinte Olaf Sievert, Mitglied des Bonner Sachverständigenrates, ganz zu recht: „Was bei Hoesch war, haben wir bald allenthalben, wenn nichts geschieht." Auch er empfiehlt die vorzeitige Kündigung der Verträge. Die Kämpfe im September 69 fanden also unter ganz anderen Bedingungen statt: **vor** der Tarifrunde, **vor** den Bundestagswahlen, sie trafen Unternehmer und Gewerkschaft völlig unvorbereitet. Heute ist alles genau umgekehrt: nach der Bundestagswahl sind die politischen Verhältnisse klar, die SPD hat nicht mehr vor der CDU, sondern vor den Arbeitern Angst; die Lohnverhandlungen sind – wenn auch mit Ach und Krach über die Bühne; die Gewerkschaft ist darauf vorbereitet, sich ihr Verhandlungs- und Herrschaftsmonopol nicht durch außertarifliche Kämpfe zerstören zu lassen; und auch die Unternehmer sind auf harten Kurs gegangen. Die neue Offensive der Arbeiter wird auf erbitterten Widerstand stoßen, sie wird nicht mit derselben Leichtigkeit siegen wie im September 69. Auch das zeigt der Streik der 15 000 Hoesch-Arbeiter, der mit einer vorläufigen Niederlage geendet hat. Derselbe Streik zeigt aber auch, wie groß die Wut der Arbeiter ist. So groß, daß sie den heißen Sommer schon im Februar begonnen haben!

(Revolutionärer Kampf)

IN DER ZEITUNG HABE ICH GELESEN, WIR HÄTTEN GESTREIKT

Am Dienstag, 30.1.73, gehe ich kurz vor Mittag am 1600er Band im Rohbau vorbei. Da stehen doch tatsächlich die Arbeiter in Gruppen herum und quatschen zusammen. Ich schaue genauer hin und sehe, daß das Band steht. Ich denke, ich spinne, 1/2 Stunde vor Mittag steht das Band. Und die Meister lassen uns zusammenstehen und treiben uns nicht zur Arbeit. Da kann was nicht stimmen. Ich gehe hin und frage den Vorarbeiter, was denn los ist, warum das Band steht. „Streikt ihr", frage ich, „ach woher, Streik, aus der Lackiererei kommen keine leeren Transportwagen zurück und nun steht das Band voll." Ich sehe mich um und sehe, daß an den Bändern nebenan (520, 2500, 2800 usw.) geschuftet wird wie immer. Kein Mensch denkt an Streik, oder bemerkt irgend etwas außergewöhnliches. Ich gehe ans Ende des stehenden Bandes und stelle fest, daß die leeren Transportwagen doch aus der Lackiererei zurücklaufen und daß hier zwei Arbeiter wie immer die Karossen auf Rollwagen herbeifahren und an die Transportwagen hängen. Ich frage die Typen, wo die Karossen herkommen, wenn das Band steht. „Natürlich hat die BMW zwischen dem Band und dem Weitertransport in die Lackiererei eine Pufferzone von einigen Karossen zwischengeschaltet. Außerdem können Produktionsstörungen an einem Band durch Erhöhung der Geschwindigkeit an den anderen Bändern ausgeglichen werden. Damit gibt es keine Produktionsausfälle. Außerdem nützt uns ein Streik wegen einigen Prozenten sowieso nichts. Ich habe in den letzten 4 Jahren bei BMW etwa 150,- netto mehr Lohn bekommen, aber besser leben oder etwas sparen kann ich heute genauso wenig wie vor 4 Jahren. Ist doch alles Scheiße, was die Gewerkschaften und die Bonzen uns vormachen mit ihrem jährlichen Scheingefecht um ein paar Prozent. Wir kriegen nie mehr, damit wir besser leben können, sondern nur damit wir ruhig bleiben. Um die wahnwitzige Treiberei am Band und die Dreckluft und den Lärm, die uns kaputt machen, kümmern die Schweine sich sowieso nicht!"

Am nächsten Tag steht in der Zeitung: „2000 Arbeiter haben 1/2 Stunde bei BMW gestreikt." Als ich laut vorlese, was da steht, bei allen fast ein Lachkrampf. „Das wurde schon öfter gemacht, daß irgendein Gewerkschaftstyp kurz vor der Pause oder danach einfach das Band abschaltet und sich schnell verpißt, damit man ihn nicht fragen kann. Hernach erfährt man aus der Presse, daß gestreikt wurde." Natürlich freuen wir uns, wenn diese verfluchte Hetze mal für ein paar Minuten unterbrochen wird. Aber daß dann die Gewerkschaft hier groß von Arbeitskampf herumkotzt, finden wir Scheiße. Wenn schon gestreikt wird, wieso dann nicht in der Endmontage oder überhaupt die ganze Fabrik, das wäre eine halbe Stunde Produktionsausfall. Streik im Rohbau, das juckt überhaupt keinen, da ist Vorrat genug. Jeder weiß, daß es ein Theaterspiel ist, und deshalb interessiert es die Arbeiter nicht. Es ist klar: Das war eine Absprache zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung. Und das findet bei BMW öfter statt. Das Band wird für kurze Zeit an einer Stelle abgeschaltet, wo keine Produktionsstörung entsteht und dadurch für die Presse eine kleine Show abgezogen. Besser ein kleiner Warnstreik, der kontrolliert werden kann, (was sind schon 10 Min. oder eine halbe Stunde?) als „unkontrollierte Aktionen verantwortungsloser Kräfte".

Andererseits versucht die Gewerkschaft vor den Arbeitern der anderen Fabriken zu legitimieren, indem sie eine Kampfsituation vortäuscht. „Wir haben ja gestreikt. Wir haben uns doch für die Belange der Kollegen und Kolleginnen eingesetzt." Die Gewerkschaft, aufgeschreckt durch das Urabstimmungsergebnis in NRW mit 66% gegen die Tarifabschlüsse von 8,5%, hat wiederum ihre Pflicht getan: „wilde" Initiativen aufgefangen.

Diese Art von Streik ist auch im Sinne der Unternehmer

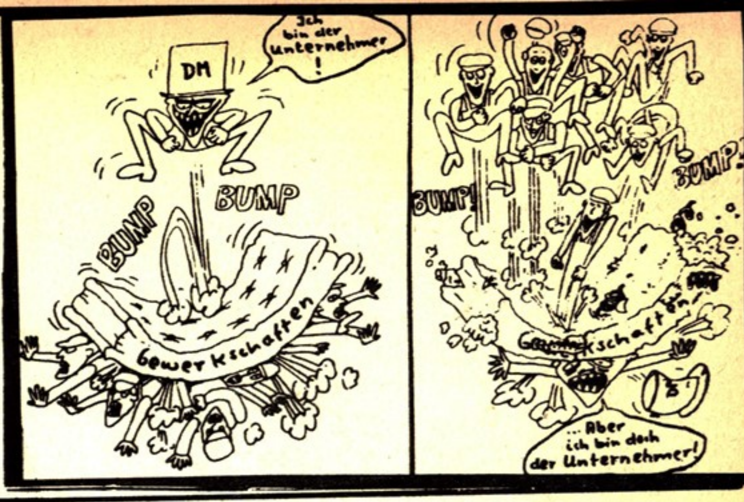
Hätte die BMW nein gesagt, wäre das Band auch nicht eine halbe Stunde gestanden, ganz deutlich zeigt sich an diesem Vorfall, daß Unternehmer und Gewerkschaften ein und dasselbe Spiel treiben, in dieser Tarifrunde zum Beispiel auf jeden Fall Streiks zu vermeiden. In der Nacht nach diesem sogenannten Arbeitskampf wurden dann die Tarifverhandlungen für Bayern „erfolgreich" abgeschlossen.

Ein ähnliches interessantes Manöver gab es im Sommer letzten Jahres, als die CDU dem „Friedenskanzler" Brandt das Mißtrauen aussprach. Damals streikten zigtausende und gingen auf die Straße um dem Kanzler das Vertrauen zu demonstrieren. Sicherlich gab es viele, die ihre Hoffnung in die SPD setzten und in die Friedenspolitik von Willi Brandt und gingen deshalb auf die Straße. In den Zeitungen konnte man dann auch lesen: „Bei BMW streikten 17000 Arbeiter für Willi Brandt."

„Wir wunderten uns, weil nach der Pause das Band nicht lief, also quatschten wir miteinander, ein paar fingen an vorzuarbeiten. Kein Gewerkschaftler war zu sehen, den man hätte fragen können. Dann erfuhren wir, daß überall die Bänder standen. Manche meinten, die Elektroversorgung sei kaputt, andere sagten scherzhaft, ‚vielleicht geben sie uns jetzt die 20 Minuten bezahlte Pause', aber inzwischen gab es das Gerücht, es würde gestreikt. Wir freuten uns, kauften Bier und organisierten, wer den Schnaps kaufen soll, doch Scheiße, nach 10 Minuten lieft das verdammte Band wieder. Am nächsten Tag hieß es dann in der Zeitung, wir hätten für Willi Brandt gestreikt."

Wieso stellen die Unternehmer die Produktion ab, für die Unterstützung der SPD?, wieso unterstützen die Unternehmer die gleiche Partei wie die Arbeiter?

Die Unternehmer gehen nicht für Willi Brandt auf die Straße, Willi Brandt lädt sie gleich in den Kanzler-Bungalow ein, da ist es viel gemütlicher.



GENOSSEN, die ersten beiden Ausgaben dieser Zeitung kosten uns sehr viel Geld, da es natürlich noch keine Abonnements etc. gibt. Frankfurter Medizinergenossen spendeten schon über tausend Mark, aber das reicht bei weitem nicht. Wer bei seinem Marsch durch die Institutionen oder sonstwie zu Geld gekommen ist, der wird DRINGEND gebeten, Spenden auf das Konto 72890-852 (Postscheckamt Nürnberg), Gerd Schnepel zu überweisen. Die Genossen, die uns schon Geld überwiesen haben, erhalten 3 Nummern der Zeitung zugeschickt.

Neue Gehaltsgruppen für Angestellte

Aufgrund der neuen Gehaltsgruppeneinteilung wurden von sämtlichen Angestellten der BMW die Arbeitsplätze bewertet. Eine Gruppe von Angestellten schreibt hierzu:

Was soll das alles?

Wir merken alle, daß an unseren Arbeitsplätzen in den letzten Jahren Veränderungen vor sich gehen, es wird technisiert! Eine riesige, kostspielige Anlage wurde gekauft, hier ein neuer Apparat, dort ein neues Gerät. Unsere Arbeit wurde „einfacher", man braucht nur noch auf Knöpfe zu drücken und anfangs dachten wir, jetzt wird alles bequemer, jetzt haben wir weniger Arbeit. Aber bald merkten wir, daß BMW nicht für uns so teuere Geräte gekauft hat, denn die Arbeit wird rapide immer mehr, neue Leute werden nicht eingestellt, denn wir haben ja Maschinen.

Jetzt wissen wir, daß wir nicht mehr wie früher eine überschaubare Arbeit haben, denn was in den Maschinen vor sich geht, ist nicht mehr ersichtlich. Unsere Tätigkeit wird vereinfacht und reduziert, wir werden dadurch aber nicht entlastet, sondern das Quantum an Arbeit wird um ein Vielfaches erhöht, was eine bedeutend größere Anstrengung für uns ist. Die Folgen für uns waren bald ersichtlich: Kollegen werden immer häufiger krank: Streß, ein Schlagwort, das wir von unseren Ärzten hören. Doch die Technisierung und Rationalisierung geht weiter.

Den Unternehmern aber reicht das noch lange nicht. Wozu sollen sie Leuten mit Qualifikation ihr Wissen bezahlen, das sie nicht mehr brauchen! Auch der IG Metall ist die technische Entwicklung nicht verborgen geblieben und so haben die Unternehmer und die Gewerkschaft sich für uns was neues einfallen lassen: die neue Gehaltsgruppeneinteilung!

Entscheidung für uns ist nun nicht mehr unsere Qualifikation, sondern nur noch die Tätigkeit und unsre Tätigkeit ist nun mal eine sehr einfache geworden: Knöpfe drücken!

Wie werden wir also eingestuft werden?

Statt 5 gibt es nun 8 Gehaltsgruppen. Das heißt, man kann entweder zurückgestuft werden, in der alten Gehaltsgruppe bleiben, oder 1 bis 2 Gruppen nach oben klettern. Manche werden jetzt sagen, ich weiß mehr als meine Kollegen und ich bin auch fleißiger – wir sehen, wo früher noch Kollegen während der Arbeit gemeinsam über den Chef geschimpft haben, herrscht jetzt Ruhe und Ordnung, denn jeder möchte gern seinen Arbeitsplatz „richtig" bewertet haben, jeder möchte „gerecht" eingestuft werden, kurz, unsre Kollegialität ist beim Teufel!

Das wird sich auch nach der Einstufung nicht ändern, denn der eine ist eine Gruppe höher gerutscht als der andere und der Benachteiligte ist sauer auf den „Besseren". Auch das ist von „Oben" gewollt, denn je mehr man Leute aufteilt, desto weniger werden sie sich zusammentun!

Wie ist das aber möglich, wenn die Gewerkschaft prahlt: „Wir haben eine gerechtere und objektivere Gehaltsfindung durchgesetzt?"

Sehen wir uns mal die Tätigkeitsmerkmale der neuen Gehaltsgruppen an: Wir finden hier Begriffe wie: Selbständigkeit – Verantwortung – Anweisung – allgemeine Anweisung – nach Richtlinien selbständig – nach allgemeinen Richtlinien selbständig – usw.

Wie sind diese Begriffe faßbar? Arbeitet Herr von Kuhnheim selbständig oder handelt er nach Anweisung der BMW–Aktionäre?

Er müßte also Gehaltsgruppe II bekommen!

Die Gewerkschaft hat den Chefs alle Möglichkeiten offen gelassen, sie können uns einteilen wie sie wollen und sie wollen uns natürlich möglichst nieder einstufen, denn das nützt dem Betrieb und ihrem Ansehen weiter oben in der Hierarchie. Sie werden auch ein paar Radfahrer etwas höher einstufen, denn das bohrt Löcher in unsere Gemeinschaft.

Doch wir sind uns sehr wohl bewußt, daß keiner von uns nach „Anweisung arbeitet, keiner von uns bekommt täglich gesagt, was er zu tun hat und wenn einer mal Mist baut, muß er allein dafür die „Verantwortung" tragen.

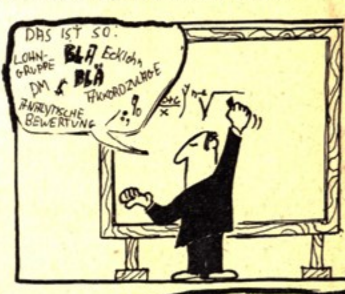
Ist jede einzelne unsrer Tätigkeiten überhaupt meßbar? Meßbar durch die neuen Gehaltsgruppen?

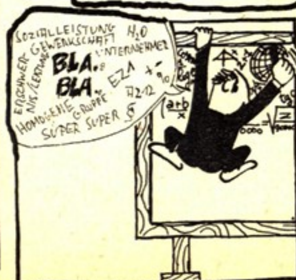
Rund 5000 Angestellte bei BMW verwalten, kontrollieren, konstruieren, entwickeln, zeichnen, schreiben und schuften, daß alles funktioniert, fast 5000 Rädchen, die prinzipiell alle dasselbe tun, nur an verschiedenen Arbeitsplätzen, jeden Tag dasselbe, genauso wie die Arbeiter im Akkord. Warum dann noch Angestellte? Wir könnten ja auf die Idee kommen von unserem „Angestelltenroß" herunterzusteigen und mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen!

Bei den Arbeitern am Band ist jede Tätigkeit, ob einer jetzt Scheibenwischer anmontiert oder Stoßstangen, in einer bestimmten Lohngruppe, egal wer das macht, ob er vorher Bäcker war oder Bauer in der Türkei. Alle Arbeiter am Band sind austauschbar, was ist bei uns noch anders?















„Nur fünf Häftlinge erstickt"

Der Ermittlungsausschuß der Roten Hilfe berichtet
Am Dienstag, den 27. Februar 1973, explodierten während der Mittagspause um 12.15 Uhr durch einen Defekt in der elektrischen Installation oder der Beheizungsanlage in der Arbeitsbaracke des Außenlagers der Lingener Justizvollzugsanstalt Groß-Hesepe ca. 2000 kg leicht brennbares und hochexplosives Zelluloidmaterial (Zellhornprodukt), das zur Herstellung von Kinderspielzeug dient, und außerdem einige dort lagernde Propangasflaschen. Weil das Bewachungs- und Aufsichtspersonal während der Mittagszeit sich im sogenannten Beamtenkasino des Außenlagers aufhält, war zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Katastrophe niemand anwesend, der die 18 eingeschlossenen Gefangenen aus den Flammen befreien konnte. Der politische Gefangene Peter Naber ergriff mit 6 seiner Arbeitskameraden die Initiative und zertrümmerte eine der drei verriegelten Türen des total vergitterten und verschlossenen Arbeitsplatzes. 11 Gefangene gelangten so unversehrt ins Freie. 5 der Gefangenen waren in Dusch- und Waschraum gelaufen, um dort vor den Flammen Schutz zu suchen. Der 26jährige Student Peter Naber stürmte noch einmal zurück in den brennenden Arbeitsraum, barg einen schwerverletzten Kameraden und brachte ihn in Sicherheit. Als er noch einmal zur Rettung anderer Eingeschlossener in die brennende Holzbaracke wollte, wurde er von den Aufsichtsbeamten, die mittlerweile eingetroffen waren, daran gehindert. Die brennende Baracke wurde zum Krematorium der eingeschlossenen 5 Gefangenen. Feuerwehr und Polizei wollten wegen angeblicher akuter Explosionsgefahr die 5 noch eingeschlossenen nicht retten.
Was ist das Leben eines Gefangenen schon wert: die gefangenen Arbeiter verdienen pro Tag nach Pensum-Akkord 70 Pfennig. Die Gefängnisleitung kassiert pro Gefangenen und Arbeitstag 65,30 DM von der Firma Ruhwinkel, die wegen aus Profitinteresse nicht eingehaltener Sicherheitsvorschriften nur gefangene Arbeiter beschäftigt.
Die eigentliche Sorge des Sozialstaats hier in seinem Zusammenspiel von Gefängnisleitung und Polizei mit den Unternehmern galt nicht etwa der Rettung der eingeschlossenen Gefangenen, sondern dem "Schutz" der übrigen Gefangenen, denen, die den Flammen gerade entkommen waren, und denen, die in den anderen Baracken in Lebensgefahr schwebten. Das zeigt das Riesenaufgebot nicht etwa an Feuerwehr, sondern an schwer bewaffneter Bereitschaftspolizei. Die 350 Gefangenen wurden von 200 Polizisten mit Maschinenpistolen und 4 Panzerwagen mit aufmontierten Maschinengewehren bewacht.



Den Zynismus sozialstaatlicher Selbstverständlichkeiten auch noch als großartige Hilfestellung in den Zeitungen darzustellen, ist grenzenlos. Auskünfte über nicht getroffene Sicherheitsmaßnahmen dagegen werden von den zuständigen Stellen verweigert. Die heilige Dreieinigkeit von staatlichen Zwangsmaßnahmen, Ausbeutung und Profitgier zeigt sich in diesem Fall aufs neue in der Unmenschlichkeit dieses kapitalistischen Systems - einer Welt, die auf den Kopf gestellt ist. Es wird nicht gewirtschaftet, um Leben zu gestalten, zu entfalten, sondern aus der Welt wird ein einziger Knast gemacht, in Familien, Wohnzellen, Schulen, Betrieben, Gefängnissen – nur zu einem einzigen Zweck: Profite und nochmals Profite zu sichern. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Überproduktion **die** Ursache aller Krisen ist!

MACHT KAPUTT, WAS EUCH KAPUTT MACHT
DAS GRÖSSTE KZ DER MENSCHHEITSGESCHICHTE: DIE KAPITALISTISCHE PRODUKTION

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN
rote hilfe



NEUES

Reichsgesetzblatt II § 10 Anlage 2
"Sämtliche Räume, in denen Arbeiter Zellhorn (Zelluloid) verarbeiten, müssen über 2 Notausgänge verfügen, sie dürfen weder zugestellt noch abgeschlossen sein." (Reichsgesetzblatt vom 20.10.30)

VOM

Hannoversche Neue Presse v. 1. 3. 73
Fest steht: Bereits im April 1972 hatte sich der zuständige Ausschuß im Niedersächsischen Landtag mit der Petition eines Häftlings zu befassen, der bemängelte, daß in den Wohnbaracken des ehemaligen Reichsarbeitsdientslagers Groß-Hesepe der Feuerschutz nicht ausreiche. Damals war die Petition mit dem Hinweis verworfen worden, in den Gängen der Baracken seien Feuerlöscher für Beamte jederzeit greifbar. In den Zellen eingeschlossene Häftlinge könnten erste Löschmaßnahmen selbst ergreifen, **da dort Wasserhähne installiert sind.**

SOZIAL-

Reichsgesetzblatt II vom 3.11.32
" Zellhorn darf nicht in der Nähe von Wohngebäuden, insbesondere nicht in der Nähe von Wohnbaracken gelagert oder verarbeitet werden, von letzten muß der Abstand mindestens 1500 m betragen ..."

STAAT

Abendpost/Nachtausgabe v. 28. 2. 73:
Unter den rund 350 Strafgefangenen des Außenlagers der Lingener Strafvollzugsanstalt –es liegt im Landkreis Meppen– kam es nach dem Brand zu Unruhen. Die Häftlinge fürchteten offenbar, daß sie im Falle eines Brandes ihrer Unterkunftsbaracken ebenfalls nicht schnell genug ins Freie gelangen könnten. Die Polizei ließ deshalb vorsorglich **zwei Züge der Oldenburger Bereitschaftspolizei anrücken.**

WER NICHT AUFPASST WIRD GEKÖPFT
WER MEHR VERDIENEN WILL, WIRD FÜR VERRÜCKT ERKLÄRT

Rühmliches über den Werkschutz.

Wieder zwei Morde auf der Blohm & Voß-Werft in Hamburg. Die Geschäftsleitung sagt: „Ursache menschliches Versagen". Daß es in Wirklichkeit die Akkordhetze, die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen waren, daß sie für mehr Profit auch mal einen draufgehen lassen, das verschweigt die Geschäftsleitung.

Der eine zündet sich an seinem Schweißgerät eine Zigarette an. „Hat selbst Schuld gehabt" sagen auch viele Arbeiter. Aber das stimmt nicht. An den Bomben mit hochverdichtetem Sauerstoff passiert immer wieder was. Weil keine Schutzvorrichtungen da sind. Das wäre wohl zu teuer oder würde die Arbeit zu sehr verzögern. Und als der Mann brannte, zeigte der Werkschutz, daß seine Feuerwehrkostüme nur Tarnung sind: Nicht einmal ein Feuerlöscher war da, sie übergossen ihn mit einem Eimer Wasser. Das hat den Arbeiter nicht gerettet: Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Der andere, Beckmann, arbeitete im engen Schiffskörper, wo jeder Meter ausgenutzt ist, kaum Platz, sich umzudrehen. Um seine Arbeit zu prüfen, steckt er seinen Kopf aus der Luke: Da schwenkt ein Kran vorbei. Wer hat Beckmann über die Gefahren auf dem Dock aufgeklärt? Niemand! Akkord und Überstunden lassen niemand eine Chance, selbst die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten.

AKKORD IST MORD,
BETRIEBSUNFÄLLE SIND MORD!

Und die, die bisher noch davongekommen sind?
Für die gibt es den langsamen, schleichenden Tod, durch Akkord, Wechselschichten, zu kurze Pausen, Lärm, Hitze, Kälte, Staub, Abgase. So geht jeder langsam aber sicher kaputt.

Wenn der Werkschutz schon nicht Feuer löschen kann, prügeln kann er jedenfalls.

Einem ist eine Stelle als gelernter Schlosser versprochen worden. Aber dann wird er in die Reparaturabteilung gesteckt. Das heißt: Für weniger Lohn beschissenere Arbeit. Er wird wütend, säuft sich einen an, und dann macht er Putz. Aber nicht lange. Denn vier Werkschutzbullen werfen sich auf ihn, fesseln ihn an eine Trage, legen sich mit ihren fetten Leibern auf ihn und bringen ihn ins Krankenhaus, um ihn auf seinen Geisteszustand überprüfen zu lassen. „Sowas gehört ins Gefängnis in die Glocke."

Alle haben Angst vor den Werksbullen, die in ihren roten und gelben Helmen dauernd durch die Gegend laufen.

Ein Genosse verteilt Flugblätter vor einem Werkstor. Viele holen sich eins ab, bleiben stehen. Dann kommen ein paar Werksbullen. Sofort ist die Toreinfahrt wie leergefegt, der Verteiler steht alleine da, und die Schweine können ihn ungestört verprügeln.

Oder wenn alle den Werkspaß vorzeigen müssen. Einer sagt: „Nö, jeden Tag die Scheiße, warum denn." Die anderen stimmen ihm zu: „Immer vorzeigen, wir haben das satt." Da tauchen ein paar Bullen auf. Sofort zeigen alle und gehen schnell weiter. Der eine steht alleine da und muß seine Karte auch vorzeigen.

Scheißwerkschutz, sollen sie selbst mal brennen, statt andauernd zu kontrollieren.

Aber bei aller Prügelei sind die doch machtlos, wenn alle mit der Arbeit früher aufhören, oder einfach längere Pausen machen, oder wenn alle sich weigern, an den gefährlichen Arbeitsplätzen zu arbeiten. Also:

KEIN HANDSCHLAG AN DEN GEFÄHRLICHEN ARBEITSPLÄTZEN!
MEHR ZEIT FÜR GLEICHE ARBEIT!

WER NICHT AUFPASST — WIRD GEKÖPFT

NOTIZEN ZUM WILDEN STREIK BEI KLÖCKNER



September 69 – Januar 73: ähnliche Kampfbedingungen

Den ganzen Monat Januar hatten die Bullen in Bremen Urlaubssprerre. Staat und Kapital waren auf ein erneutes Aufflackern der wilden Massenaktionen der Klöcknerarbeiter vorbereitet.

Zu ähnlich waren die äußeren Bedingungen mit denen der Septemberstreiks von 69, wo die Klöcknerarbeiter nach einer Werksbesetzung einen millionenteuren Stahl-Mischer unter ihre Kontrolle gebracht und als Druckmittel im Lohnkampf eingesetzt hatten: ‚Mehr Lohn oder der Mischer vergammelt!'

Wie damals steckt Klöckner heute mitten in einer grossen Rationalisierungs- und Unstrukturierungswelle. Wie damals ist die Profitsituation der Klöcknerwerke glänzend, sind die Auftragsbücher voll. Wie damals werden aus den Arbeitern Überstunden noch und noch herausgeschunden. (55 000 - 60 000 Stunden im Monat!)

Und deshalb ist wie damals auch eine beträchtliche Unruhe im Betrieb.

Warum verschläft die Gewerkschaftsopposition die Tarifrunde?

Doch Betriebsrat und die von den Linken besetzte Tarifkommission für Klöckner verhielten sich während der ersten 3 Wochen des Januar merkwürdig still. Kein Versuch, die Kampfkraft der Klöcknerarbeiter in die Tarifauseinandersetzung einzubringen und so den Ausgang der Tarifrunde wieder offen zu machen.

Erst nachdem die Tarifrunde in den meisten Ländern gelaufen ist und das 8,5% Ergebnis bombenfest sitzt, wird der linke Betriebsrat munter. In der BR-Sitzung am 18. Januar fordert ein DKPler, den Kampf nun auf innerbetrieblicher Ebene zu eröffnen. Zusätzlich 25 Pfennig zu den in anderen Tarifgebieten abgeschlossenen 46 Pfennig. Dieser Vorschlag wurde von allen Gruppen einschließlich der SPD sofort aufgegriffen und der Ressortleitung von Klöckner mit der Aufforderung zugeleitet, darüber am Montag, den 22.1. zu verhandeln.

Warum dieser plötzliche Schwenk, nachdem die allgemeine Tarifrunde gelaufen ist? Warum erst abwiegeln und zurückhalten und erst auf Streik- und Kampfagitation umschalten, als die stabilitätsgerechten 8,5% auf Bundesebene durch sind. Warum die Eröffnung des Kampfes im denkbar ungünstigsten Augenblick?

Die gewerkschaftsoppositionelle Linke hatte sich in einen Zugzwang hineinmanövriert: Erst hatte sie den Arbeitern mit hohen Ausgangsforderungen – die Vertrauenskörperleitung forderte z.B. tarifliche 80 Pfennig für alle – den Mund wässrig gemacht, dann hatten sie während der Tarifrunde den Mund gehalten. Jetzt rächte sich das: in vielen Abteilungen wurden Äußerungen laut, nun auf eigene Faust loszuschlagen. Die Linken mußten sich an die Spitze dieser Bewegung stellen, wenn sie sich das Vertrauen der Arbeiter nach ihrer schlappen Haltung in der Tarifrunde nicht völlig verspielen wollten.

Für die DKP (sie stellt ca. die Hälfte des Betriebsrats) kam noch ein Sonderproblem hinzu: gemäß der Parteistrategie durfte sie nicht eher die Trommel rührwn, als bis die 8,5% auf Bundesebene durch waren. Die DKP-Zentrale hatte folgende Überlegung angestellt: Sollte es SPD und Gewerkschaften nicht gelingen, das Lohnleitliniendiktat von 8,5% durchzubringen, würden die Kapitalverbände wieder auf offene Konfrontation mit der SPD und ihrer planstaatlichen Perspektive gehen. Das würde einen schweren Rückschlag für die staatsmonopolistische Strategie der DKP bedeuten.

Klöckners Rationalisierungsoffensive – ein nicht berücksichtigter Faktor

Neben dem ungünstigen Zeitpunkt existierte jedoch noch ein weiteres Problem, das den Erfolg des Kampfes von vornherein in Frage stellte, weil die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen keinerlei Ansätz zu dessen Lösung entwickelt hatten:

Im Betrieb wird zur Zeit an zentralen Stelldn umstrukturiert: neues Walzwerk, neuer Hochofen, neue Stranggußanlage. Für die betroffenen Arbeiter bedeutet dieser ‚technische Fortschritt' einen gezielten Angriff des Klöckner-Kapitals auf die bisher erkämpften Freiräume und Machtpositionen. Den linken Gruppen ist zu diesen Umstrukturierungen und der damit verbundenen Intensivierung der Ausbeutung nichts eingefallen. Den Arbeitern wohl. Das Beispiel des Streiks der Kranführer Ende August 1972 zeigt, daß ganze Abteilungen bzw. Berufsgruppen anfangen, sich selbständig gegen die Folgen der laufenden Rationalisierungswellen zu wehren. Die Kranführer haben geschlossen auf die ständigen Mehrbelastungen durch erhöhte Produktion bei gleichzeitiger Stagnation der Löhne mit einem mehrtägigen Streik reagiert, der fast die gesamte Produktion lahmlegte. Dieser Streik wurde von den Kranführern völlig in eigener Regie geführt und auch dann noch fortgesetzt, als Klöckner mit der Aussperrung eines Teils der Belegschaft und mit der fristlosen Entlassung von 113 der 215 Kranführer reagierte.

Diese Kämpfe, die von der Basis her, ausgehend von den unmittelbaren Problemen der Betroffenen mit dem Ziel, in direkter Aktion Abhilfe zu schaffen, gestartet werden, stellen die gesamte Kampfstrategie der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen in Frage. Sie sind zugleich die Antwort auf ihre Unfähigkeit, praktische Antworten auf die ständige Intensivierung und Zerstückelung der Arbeit zu geben. Diese Kämpfe reflektieren ausserdem die Vereinnahmungsbestrebungen der linken Gruppen, indem sie jede Einmischung von außen strikt ablehnen. Diese neue Kampftendenz ist überall dort am stärksten, wo entweder bereits monotone und stumpfsinnige Arbeit durchgesetzt ist, wie etwa bei den Kranführern, oder wo z. Zt. zum Schlag gegen die überkommenen Ausbeutungsstrukturen ausgeholt wird.

Es ist nur interessant zu beobachten, daß die Streikagitation der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen (DKP, Gruppe Arbeiterpolitik, Kommunistischer Bund Bremen) gerade im Walzwerk, das z. Zt. das Zentrum der Umstrukturierung auf Klöckner ist, von der auch über die Hälfte der Kranführer, die in diesem Bereich arbeiten, betroffen sind, nicht zog. **Den Warmwalzern ist der Lohnkampf zu wenig.**



Kehren wir kurz zur Schilderung des äußeren Ablaufs des Streiks zurück: Klöckner gab am Montag unmißverständlich zu verstehen, daß er nicht bereit war, zum vorgeschlagenen Termin mit der Tarifkommission zu verhandeln. Daraufhin veröffentlichte der Betriebsrat darüber eine Notiz, die auf den über 100 Bekanntmachungsbrettern im gesamten Betrieb angeschlagen wurde. Neben dieser Notiz war ein Zeitungsausschnitt

WEITER NÄCHSTE SEITE →

WAS war beim HOESCH-Streik WICHTIG?

Im Artikel der RK-Genossen scheinen uns einige Punkte problematisch, zu denen wir kurz Stellung nehmen wollen.

Sicher, zu Hoesch hinfahren ist eine Methode, „veränderte Erfahrungen zu machen", aber auch wenn man dagewesen ist, kann man leicht wichtige Tatsachen übersehen.

Zunächst ist da die Vorgeschichte des Streiks, die Auseinandersetzungen, die Tag für Tag stattgefunden haben, wo sich vor allem die ungelernten Arbeiter gegen steigende Arbeitshetze gewehrt haben, durch verlängerte Pausen, in Auseinandersetzungen mit den Aufpassern, oder auch durch Sabotage.

Gegen diese Aufsässigkeit gehen die Hoesch-Kapitalisten mit zwei Mitteln vor:

Einmal haben sie sich mit dem holländischen Hoogovens-Konzern zusammengeschlossen (wo zu gleicher Zeit 2000 Arbeiter gestreikt haben), und mit ihm zusammen bauen sie an der Küste ein neues, hochmodernes Stahlwerk, in dem mit weniger Arbeitern mehr Profit gemacht wird, das heißt für die Arbeiter: Isolierung und verstärkte Kontrolle durch die Kapitalisten, denn nur die Technik soll das Arbeitstempo bestimmen.

Das heißt für die Dortmunder Hoesch-Arbeiter: Damit die das neue Stahlwerk bauen können, sollen sie noch schneller arbeiten, es wird rationalisiert und eingespart, wo es nur geht (allein im letzten Jahr 1200 Arbeitsplätze weniger), die Facharbeiter werden durch ungelernte Arbeiter ersetzt. Das heißt Drei- und Vierschichtbetrieb, geringere Lohnkosten, mehr Profit.

Also Auslagerung der Produktion in neue Fabriken auf der einen Seite, Steigerung der Produktion durch verschärfte Arbeitshetze und Rationalisierung auf der anderen.

Und genau gegen diese Arbeitshetze haben auch die Streiks an der Feineisenstraße angefangen, bei den ungelernten Arbeitern mit den beschissensten Arbeitsplätzen, bei den Facharbeitern, die wegrationalisiert werden sollen.

In dieser Situation ernennen sich die Vertrauensleute selbst zur Streikleitung. Die 14-Pfennig-Forderung wird propagiert, und der Streik, der gegen die eintönige Arbeit ging, die einen kaputt macht für mehr Lohn bei weniger Arbeit, wird umgewandelt in einen normalen Lohnstreik.

Und dieser Lohnstreik wird hauptsächlich von Facharbeitern getragen. Aber nicht, weil die ungelernten Arbeiter Angst hatten oder sich einschüchtern ließen, sondern weil dieser Lohnstreik nicht mehr um ihre Interessen ging, weil sie wissen, daß die Kapitalisten steigende Lohnausgaben durch größere Arbeitshetze wieder rausholen. Ihr Problem war also nicht so sehr die 14 Pfennig, sondern ihr Problem ist die Arbeit, die sie jeden Tag kaputt macht. Ihr Problem ist, wie man die Rationalisierung sabotiert, nicht wie gut man sich für sie bezahlen läßt. Und deshalb saßen zum Schluß noch 300 meist Vertrauensleute und Facharbeiter in der Kantine.

Wenn die RK-Genossen bedenkenlos mutmaßen, die ungelernten Arbeiter hätten einfach Angst gehabt, dann folgen sie der Streiktaktik der Vertrauensleute, die genau das behaupten und sich freuen, daß sie die Kontrolle über den Streik behalten haben.

Und deshalb ist in dem Artikel auch die Kritik an der Gewerkschaft nur eine Kritik an der Institution, aber nicht daran, wie die IG Metall über die Vertrauensleute den Streik an sich gerissen und abgewürgt hat.

Genau das haben die IG Metaller auch zugegeben, als am Ende sechs Vertrauensleute und zwei Betriebsräte gefeuert werden sollten. Bundesvorstandsmitglied Judth empfahl die Rücknahme der Kündigung „aus übergeordneten Gesichtspunkten", d.h., daß der von den Vertrauensleuten geführte Streik „schlimmeres verhindert hat", nämlich Aktionen, die sich gegen die beschissene Arbeit selbst gerichtet hätten.

Hoesch-Geschäftsleiter Schmithals sieht das auch so: „Wir haben die Kündigungen zurückgezogen, weil die Gewerkschaft sich auf unsere Seite gestellt hat."

Es ist also nich einmal gelungen, die Kämpfe gegen die Arbeit, gegen die Rationalisierung zu verhindern. Aber die Bosse haben Angst gehabt. Angst nicht vor dem Lohnstreik – denn einen Lohnstreik können ja auch die Gewerkschaftler zügeln – sondern vor den Aktionen, die durch Vertrauensleutetaktik nicht verhindert werden konnten.

Nämlich als die Arbeiter Meister verprügelt haben, die ihnen mit Strafe gedroht hatten, um sie zur Arbeit zu zwingen,

oder als das Verwaltungsbüro gestürmt wurde – nur, die Aufpasser und Direktoren waren ja schon ausgeflogen, oder als sie nächtliche Besuche bei Phönix gemacht haben, wobei eine Lok ausbrannte.

Die Bosse haben Angst gehabt, daß ihnen die Rationalisierung kaputtgemacht wird, daß die Arbeiter sich weigern, dauernd steigendes Arbeitstempo hinzunehmen.

Und sie haben Angst gehabt, daß der Streik sich ausweiten könnte, als die Arbeiter durch die Stadt zogen und „Preise runter – Löhne rauf" riefen, weil sie wissen, daß die Kapitalisten die höheren Löhne durch höhere Preise wieder einkassieren, also daß ein Kampf für ein besseres Leben nicht nur in der Fabrik geführt werden kann.

Deshalb haben die Zeitungen diese Aktionen totgeschwiegen, genau wie die Kämpfe im Saarland oder in Salzgitter. Aber es ändert nichts, der Kampf geht weiter für mehr Lohn bei weniger Arbeit; dagegen, daß man nur leben soll um zu arbeiten.

(Proletarische Front)

NOTIZEN ZUM STREIK BEI Klöckner

abgedruckt, aus dem hervorging, daß die Arbeiter bei Hoesch in Essen durch einen vierstündigen wilden Streik eine innerbetriebliche Zulage von 14 Pfg. herausgeholt hatten. Dieser Zusatz wurde verstanden: Abends um 20 Uhr eröffneten die Arbeiter des Kaltwalzwerkes den Streik. Das Warmwalzwerk (WW) zog zunächst mit, auch die Nachtschicht des WW beteiligte sich anfänglich noch am Streik. Ein gezielter massiver Einsatz des Werkschutzes erstickte jedoch jede weitere Streikbereitschaft in diesem Werk. Die Warmwalzer kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück und auch die Frühschicht des WW war nicht mehr zum Streiken zu bewegen. Die Kaltwalzer und die Eisenbahner blieben mit kürzeren Warnstreiks allein.

Die Arbeiter des WW haben andere Probleme und es ist ihnen klar, daß sie durch einen Kampf für 25 Pfg. mehr Lohn nicht gelöst werden können. Die Belegschaft des neuen Warmwalzwerkes soll völlig neu zusammengesetzt werden; die bisherigen Gruppierungen und Kommunikationsnetze werden zerschlagen, die aufsässigsten Arbeiter rausgeschmissen und neue dafür eingestellt. Ähnliches passiert in der Gießerei am Hochofen, in der Beize.

Die Peitsche der Rationalisierung knallt, viele Arbeiter haben Angst: wer sich jetzt auffällig macht, der ist dran, entweder fliegt er oder er kriegt im neuen Werk die beschissenste Arbeit. Vielen sind große Versprechungen gemacht worden, daß sie Aussicht auf einen der wenigen guten Posten haben.

Am Mittwochabend war die Luft endgültig raus. Es war nicht gelungen, den Streik auf alle Abteilungen auszudehnen und die gesamte Produktion lahmzulegen. Die Tarifkommission eilte an den Verhandlungstisch. Das Ergebnis war mager. Die Tarifkommission schloß am Donnerstag, den 26., mit der Ressortleitung des Klöcknerkapitals denselben Tarifvertrag ab, den IG Metall und Metallkapital vorher bereits in der Mehrzahl der anderen Tarifgebiete durchgeboxt hatten. Über innerbetriebliche Zulagen, um die der Kampf geführt wurde, kam es nur zu vagen Versprechungen. (Inzwischen liegt das Angebot Klöckners vor: 11 Pfg. Zulage)

Die Streikniederlage ist eine Niederlage der traditionalistisch orientierten Gruppen auf der Hütte, die diesen Arbeitskampf als bloßen Lohnkampf gewollt haben und es nicht verstanden, die Spaltung der Belegschaft durch Koppelung des Kampfes um mehr Lohn mit dem Kampf gegen die Rationalisierung aufzuheben.

(Proletarische Front)

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit: 100 MAINZELMÄNNCHEN LIVE

Drei, die beim Opel in Rüsselsheim arbeiten, berichten:

Als wir hörten, daß am 11. Februar abends im ZDF eine Diskussion zwischen verschiedenen Gewerkschaftsvorsitzenden und Arbeitern zum Thema Tarifrunde sein sollte, da dachten wir uns: wir arbeiten beim Opel und wollen da ein Wörtchen mitreden. Wo man nicht eingeladen wird, da muß man sich eben selber einladen.

11. Februar, sonntags, abends: um nicht aufzufallen haben wir uns fein angezogen, Krawatte und so. Wir nähern uns dem ZDF-Gelände in Wiesbaden: das sieht gar nicht aus wie eine „*öffentlich*-rechtliche Anstalt", sondern eher wie eine Festung – Stacheldraht drumrum, Wachposten, Besucherkontrollen. Vor wem hat das ZDF Angst? Vor der Öffentlichkeit?

Na gut, es gelingt uns jedenfalls – egal wie – unbemerkt ins ZDF einzudringen. Als wir vor dem Hintereingang von Studio 1a ankommen, merken wir gleich, daß wir zu spät sind: vor dem Studio hängt eine Tafel mit der Kreideaufschrift: „Sendung ‚Lohnverzicht . . .' 13 Uhr: Voraufnahme, 16 Uhr: Vorprobe, 18 Uhr: Vorprobe, 20 Uhr: PROBE." Wir hatten das Ganze offensichtlich falsch verstanden – das war gar keine live-Diskussion, sondern ein einstudiertes Schauspiel mit verteilten Rollen. Schade, die Proben hätten wir auch gerne mitgekriegt!

Trotzdem: wir machen uns nichts draus und gehen rein, in den Vorraum des Studios. Da standen sie nun alle, die Redakteure, Fernsehtechniker, Gewerkschaftschefs, Arbeitervertreter und ‚Arbeiter' – 150 an der Zahl. Das Proben hatte augenscheinlich so angestrengt, daß sie sich jetzt stärken mußten: ein feines kaltes Büffet gabs, mit Schinkenbroten, Lachsbroten usw., Kirschen und Ananasstückchen drauf, das Ganze mit Grünzeug garniert! Dazu Bier und Fruchtsaft. Und damit sich die erschöpften Arbeitervertreter nicht so anstrengen mußten, war auch ein weiß gekleideter Kellner da, der den Herrschaften einschenkte. Wir dachten uns: so ein Arbeitervertreter lebt gar nicht schlecht! Unter den Anwesenden erkannten wir auch unsere Freunde von Opel: die Betriebsräte Hahn, Lorenz, CDU-Powitz und ein paar andere. Wir sagten uns: das ist ein schöner Zug von denen, daß sie für uns eine Sonntagssonderschicht einlegen!

Schließlich, 25 Minuten vor Sendebeginn, geht man ins Studio, man nimmt in dem hell erleuchteten Raum Platz. Die Arbeitervertreter sitzen schon auf den Rängen und plappern angeregt, die Prominenz kommt etwas später: IG-Metall-Chef Eugen Loderer, IG-Chemie-Chef Hauenschild usw. Wir nehmen Platz und harren der Dinge, die da kommen. Und sie kommen ganz bald – in Gestalt unseres stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Powitz. Er steht plötzlich vor uns und nennt uns – welche Ehre! – alle drei beim Namen:

Powitz: Kollegen, wie seid ihr hier reingekommen?
Wir: Durch die Tür.
Powitz: Ihr seid hier nicht eingeladen.
Wir: Genau, deswegen sind wir ja von selbst gekommen.
Powitz: Hier darf nur rein, wer geladen ist.
Wir: Wir sind Mitglieder der IG-Metall. Die soll doch eine demokratische Organisation sein. Warum sollen wir dann nicht kommen dürfen? Es ist doch undemokratisch, Mitglieder von Diskussionen auszuschließen.
Powitz: Der Betriebsrat hat die Einladungen von der ZDF-Redaktion bekommen – und *wir* haben sie auch verteilt. Ihr habt von uns keine bekommen.
Wir: Ja das haben wir uns gedacht – deswegen sind wir auch so gekommen. Das würde euch so passen, untereinander zu bleiben.

Wir bleiben sitzen. Da holt Powitz den Pressesprecher von Hauptvorstand der IG-Metall, Zoll, und der sagt da: der Hauptvorstand hat uns auch nicht eingeladen. Jetzt ist für Powitz die Sache klar: obwohl es ihn gar nichts angeht, denn es ist ja keine Veranstaltung des Betriebsrats vom Opel, sondern des ZDF, ist er der erste, der von Hausfriedensbruch redet. Weil gutes Zureden und ‚demokratische' Aufforderungen nicht helfen, will uns der Spitzel gewaltsam rausschmeißen lassen. Weil – der Kerl hat Angst, seit den letzten Betriebsversammlungen, als ihm ein Genosse eine Ohrfeige gab, nachdem er mehrmals das Mikrophon abgedreht hatte, leidet er unter Verfolgungswahn. So begreift er nicht mal, daß wir im ZDF wirklich Besseres vorhatten, als uns mit diesem Tropf herumzuschlagen.

VORSICHT, POWITZ, DA KOMMT DER LIEBEL!



Powitz setzt sich mit seinen Rausschmißdrohungen nicht durch, wir bleiben sitzen. Also werden die „Verantwortlichen" geholt – durch die Bank astreine Demokraten. Zuerst der stellvertretende Redakteur, geschminkt: „Wir wollen hier doch keine ideologischen Diskussionen. Wir können ja gerne zusammen reden, nachher, nach der Sendung." – wenns kein Zuschauer mehr mitkriegt. Als nächster der Aufnahmeleiter; er wird nach ein paar freundlichen Sprüchen gleich deutlicher: „Wenns nach mir ginge, wärt ihr schon längst die Treppe runtergeflogen." Der Arme muß sich beherrschen – man muß ja Demokrat sein! Als wir schließlich dem IG-Metall-Chef Loderer zurufen, wir seien IG-Metall-Mitglieder und er solle uns doch noch nachträglich einladen, da schreit Loderer: „Verunglimpfung! Verunglimpfung! Mit solchen Verleumdungen setze ich mich nicht auseinander! Raus! Raus!" Un die anwesenden Funktionäre klatschen Beifall. Einer von den Kerlen faßt schließlich zusammen, was sie alle unter demokratisch verstehen: „Undemokratisch ist es, wenn man irgendwo hingeht, wo man nicht eingeladen ist."

Zuletzt kommt der verantwortliche Redakteur und Sendeleiter, der dicke Schröder, und erklärt unmißverständlich: „Raus! Raus! Wenn Sie nicht in zwei Minuten verschwunden sind, rufe ich die Polizei. Es gibt hier keine Diskussionen!" Daß es hier keine Diskussionen gibt, haben wir gleich drauf gesehen – als nämlich Schröder die vorbestellten Fragen an die vorbestellten Diskussionsredner verteilte. – Wir bleiben sitzen, die Polizei wird angerufen, Schröder erklärt sehr deutlich: „Ich fange die Sendung nicht an, bevor die drei nicht draußen sind. Und jede ausgefallene Sendeminute müssen Sie dann bezahlen." Weil uns das doch zu teuer ist, hauen wir kurz vor Sendebeginn ab. Das „Live"-Schauspiel kann beginnen.

Was wir beim ZDF wollten? Über den vergangenen Tarifbeschiß reden und über den Streik bei Hoesch. Und wir wollten den Loderer zur Rede stellen: denn der hatte gerade einen Tag vorher in Dortmund höchstpersönlich den Streik der Hoesch-Kollegen abgewürgt. Einmal noch sind die Herren davongekommen, um ein Haar. Keine Angst: wir werden uns was Neues einfallen lassen!!

(Revolutionärer Kampf)

Arbeiter besetzen Sender

Rund 1500 italienische Metallarbeiter haben am Wochenende das Gebäude des staatlichen italienischen Rundfunks RAI in Neapel gestürmt. Sie zwangen die Belegschaft, eine Sendung über ihre Lohnforderungen zu verbreiten. (rtr)

NÄCHSTE NUMMER :

GENOSSEN, die Nr. 2 von WIR WOLLEN ALLES erscheint schon in einer Woche. Wer die Zeitung abonnieren will, muß also s o f o r t Geld überweisen (normalerweise dann alle 4 Wochen eine neue Nummer). In Nr. 2 Artikel über den Wohnungskampf in Frankfurt, zu Vietnam und den Vietnamdemonstrationen, zum Kampf um ein Jugendhaus in Bebra, zu Rationalisierungsmaßnahmen bei Finkenwerder, zur Regionalarbeit in München etc.

Der Kampf der Metallarbeiter in Italien

Die große nationale Demonstration der 300 000 Metallarbeiter am 9.2. in Rom spricht für sich. Es gibt heute niemanden mehr, der im Kampf der Metallarbeiter nur einfach eine Tarifauseinandersetzung sieht. Allen ist mittlerweile klar, sowohl den Kapitalisten als auch den Arbeitern, daß dieser Kampf das Zentrum einer grundsätzlichen politischen Klassenauseinandersetzung bildet, in der sich die beiden Hauptklassen der Gesellschaft, Kapitalisten und Arbeiter, unversöhnlich gegenüberstehen. Was auf dem Spiel steht, ist viel mehr als der Tarifabschluß – (in Italien werden die Tarifverträge nur alle 3 Jahre neu ausgehandelt). Es geht um die entscheidende Frage des Kräfteverhältnisses von Kapitalisten und Arbeitern, von Krise, erneuter Produktivitätssteigerung und polizeilicher Repression auf der einen Seite, auf der anderen Seite um den garantierten Lohn, starke Lohnerhöhungen als Antwort auf die enorme Inflation, um die Aufhebung der Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten, d.h. der gleiche Monatslohn für alle und um die Verhinderung der geplanten Einschränkung des Streikrechts.(In Italien gibt es dafür noch keinerlei Beschränkung wie etwa Friedenspflicht o.ä.).



Der Betrieb

Die Grundlage, auf der dieser Kampf ausgetragen wird, ist der Betrieb. Hier wird schließlich über Sieg oder Niederlage entschieden. Wenn sich die Arbeiterklasse mit den üblichen reformistischen Gewerkschaftsforderungen nicht mehr zufrieden gibt, wenn die Arbeiterklasse in ihrem Kampf das Akkordsystem, die Lohngruppen, die Arbeitshetze und den Meisterterror infrage stellt, dann wird die kapitalistische Herrschaft in ihren Wurzeln angegriffen. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen dem Kampf der Arbeiterklasse und dem Kampf der anderen sozialen Schichten in Italien, auch wenn diese oft noch schärfer ausgebeutet und unterdrückt werden.

Als die italienische Arbeiterklasse 1969 in den gewaltigen Fabrikkämpfen im Norden ihre jahrelange Schwäche überwunden hatte und sich fortan gewaltsam weigerte, sich den Gesetzen der von Unternehmern und Staat diktierten kapitalistischen Entwicklung unterzuordnen, ist die kapitalistische Wirtschaft und Herrschaft in eine ökonomische und politische Krise geraten. Arbeitslosigkeit, Inflation und ein Erstarken der staatlichen Repression und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse waren die Antwort der Unternehmer.

Seitdem sind drei Jahre vergangen, in denen die Kapitalisten täglich versuchten,die alte Produktionsdisziplin – und nur die garantiert den Profit – mit allen Mitteln wiederherzustellen. Trotzdem sind „Ruhe und Ordnung" in diesen drei Jahren nicht wiederhergestellt worden; das Gegenteil ist eingetreten: was in den Kämpfen 1969 noch spontaner Ausdruck der Kämpfe der Arbeitsemigranten aus dem Süden bei FIAT usw. gewesen ist, umfaßt nunmehr alle Betriebe, im Norden wie im Süden, Kleinwie Großbetriebe, Arbeiter und Angestellte. Das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse artikuliert sich täglich in praktischen Kämpfen: bei der großen nationalen Demonstration am 9.2. in Rom riefendie Arbeiter „Der Betrieb schließt – die Regierung schießt" und „Andreotti, wir sind eine halbe Million – und wir sind nur eine Delegation!" Im letzten Herbst kamen 70 000 Arbeiter aus allen Betrieben Italiens zu einer großen antifaschistischen Demonstration nach Reggio Calabria zusammen. Die Parole war „Nord und Süd – derselbe Kampf"! Die Faschisten unternahmen verschiedene Bombenattentate auf die Sonderzüge der Arbeiter. Daraufhin zogen bei Fiat in Turin mehrere Tausend Arbeiter zum Betriebsbüro der faschistischen Gewerkschaft CISNAL und brannten es bis auf die Grundmauern nieder. Zur selben Zeit wurde in Parma ein Arbeiter von Faschisten auf offener Straße erstochen. Daraufhin wurde das lokale Büro der Faschisten in Parma niedergebrannt und das Begräbnis des Genossen Mario Lupo wurde zu einer antifaschistischen Demonstration, an der 50 000 Arbeiter und Genossen teilgenommen haben.

Als Nixon zu Weihnachten Hanoi und Haiphong zerstören ließ, bestreikten die Hafenarbeiter von Genua alle amerikanischen Schiffe

Es gab in Italien schon einmal eine Zeit harter politischer Kämpfe in den 50er Jahren. Sie richteten sich gegen die Integration Italiens in die NATO gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den Versuch, die kapitalistische Entwicklung Italiens durch eine Koalition von Christdemokraten und Faschisten voranzutreiben. Damals wurden allein in Reggio Emilia 14 Arbeiter auf der Straße durch die Polizei erschossen. Die Arbeiter errangen damals einen politischen Sieg, und die Unternehmer begannen nunmehr mit einem Angriff in den Betrieben. Die revisionistische Linie der KPI-Spitze und der CGIL, die im Namen der „nationalen Interessen" zur „produktiven Zusammenarbeit" drängten, unterstützten die enorm Arbeitsintensivierung in den Betrieben des Nordens und die Emigration aus dem Süden. Der antikapitalistische Kampf im Betrieb und der antifaschistische Kampf wurden so voneinander getrennt: die Unternehmer konnten die Arbeiterhochburgen des Nordens, wie Fiat, die im Widerstandskampf gegen die deutschen und italienischen Faschisten sich herausgebildet hatten, zerschlagen. Mehr als zehn Jahre wurde die Entwicklung der Kämpfe stillgelegt. Es war die Zeit der gelben Unternehmergewerkschaften: für die Arbeiter hieß das Hungerlöhne, Entlassung, Auswanderung und brutalste Unterdrükkung im Betrieb. Es dauerte 10 Jahre vom spontanen Aufstand im Juli 1960 an, bis die Arbeiterklasse ihre ganze Autonomie wiedergefunden hatte. Das waren die Jahre relativer Ruhe in den Betrieben, mit vereinzelten „wilden Streiks" wie etwa in Turin 1960, in denen die ersten Erfahrungen von autonomer Organisation gemacht wurden. Indem die Unternehmer die reformistischen Gewerkschaften in den Betrieben zerschlagen hatten, zwangen sie die Arbeiter, unabhängig von der Gewerkschaft und ihren reformistischen Zielen und Kampfformen den Kampf um ihre Interessen in der Fabrik selbst zu organisieren. Das war die Geburtsstunde der Arbeiterautonomie.

In dieser Zeit arbeiteten die Arbeiteravantgarden von Turin bis Valgagno, von Pisa bis Mailand, von Venedig bis Neapel, die Formen und Inhalte der Revolte der Arbeiter gegen die Lohnarbeit heraus: Kampf gegen den Akkord, die Trennung des Lohns von der Produktivität, die lineare Lohnerhöhung, der Kampf gegen die Lohngruppen, der Kampf gegen die Schädlichkeit und die Weigerung, sich diese versilbern zu lassen, der Kampf um die Basisdemokratie, die gewaltsame Heruntersetzung der Normen durch die Arbeiter und die Stillegung der Produktion. 1969 haben diese Kampfziele ihre Verallgemeinerung gefunden und sie sind zum praktischen Massenbewußtsein geworden. Die Arbeiterklasse hat durch den harten Kampf, durch die betriebsinternen Demonstrationen, durch die wilden, gewaltsamen Streiks, durch die "Bestrafung" der Meister und Streikbrecher die Situation grundlegend verändert. 20 Jahre waren dazu notwendig gewesen.

In der Arbeiterautonomie der 69 er Kämpfe ist ein neuer Inhalt zutage getreten, der in der Geschichte der alten Arbeiterbewegung niemals im Kampf zum Ausdruck gekommen ist: der Kampf gegen die Lohnarbeit überhaupt und gegen die kapitalistische Leistungsideologie. Ein entscheidendes Moment dabei war in Italien die Veränderung der Produktionsorganisation in den großen Betrieben, die massenhafte Auflösung der Kleinbauern und Landarbeiter des Südens und ihre Umwandlung in eine neue Arbeiterklasse in den Fabriken Norditaliens. Die junge eingewanderte Arbeiterklasse, ohne Vaterland und ohne Beruf, erlebte an den Fließbändern die totale Entfremdung von der Arbeit und erreichte deshalb auch im Fabrikkampf ein Bewußtsein, das nicht länger identisch ist mit dem Bewußtsein derer, die produzieren,und das sich im stalinistischen Staatssozialismus als Produktivitätsideologie und "sozialistischem Wettbewerb" zeigt. Mit dem Entstehen der Arbeiterautonomie hat sich eine revolutonäre Perspektive eröffnet, die über Reformismus und Stalinismus hinausgeht, eine Perspektive, die aus den konkreten Massenkämpfen entstanden ist.



In den gegenwärtigen Kämpfen in Italien zeichnen sich, grob gesagt, zwei Linien ab. Die eine tendiert dahin, die Arbeiterklasse wieder in die alte Zwangsjacke der Notwendigkeit kapitalistischer Lohnarbeit einzuspannen, es ist die Linie, die die Arbeiterklasse den "ewigen" Gesetzen der industriellen Produkiton unterordnet – es ist die Linie der Rationalisierung, der Wiederaufnahme der Produktion, der Überwindung der Krise durch gesteigerte Arbeitsprodukitvität, der Requalifizierung der Arbeiter, der "neuen Art" zu produzieren (technische Veränderung der Fließbandarbeit), der Ausdehnung der Arbeitszeit (z.B. das gewerkschaftliche Abkommen bei Fiat im Herbst 1970, wo im Namen der Solidarität mit dem Süden die 40-Stunden -Woche aufgegeben wurde, d.h. die Arbeiter im Norden sollten für Fiat Überstunden machen, damit das Werk im Süden neue Fabriken bauen kann), der betrieblichen Rationalisierung, bis hin zur gegenwärtigen Bereitschaft der Gewerkschaften über die "volle Ausnützung der Maschinerie" zu diskutieren oder die Reglementierung der Feiertage, die Einschränkung des Krankfeierns, kurz: die Liquidierung aller Kampfformen, die die kapitalistische Produktion am meisten schädigen und die Arbeiter am wenigsten kosten. Es ist dies die Linie der KPI und der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite steht die praktische Linie der Arbeiterkämpfe, die,wenn auch noch unklar und mangelhaft organisiert, eine Verschärfung des Kampfes gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit fordert und die sich im radikalen Widerstand gegen jeden Versuch der Zurücknahme der Arbeiterautonomie, gegen jeden Versuch einer erneuten Rationalisierung, ausdrückt.

Die Härte der Auseinandersetzung hat ihren realen Grund in der Tatsache, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, trotz Krise, Repression und Arbeitslosigkeit, sich diesen Vorstellungen der Gewerkschaften zu unterwerfen, oder auf das zu verzichten, was die Kapitalisten "Arbeitsunlust" nennen und was nichts anderes ist, als der bewußte und unzerstörbare Haß der Arbeiter gegen die Lohnarbeit. Deshalb bleibt auch in dieser Phase, in der die Unternehmer all ihre Kräfte und Institutionen, allen voran den Staat, gegen die Arbeiterklasse mobilisiert haben, der Betrieb der Brennpunkt der Auseinandersetzung. Und

→



Herstellung und Verlag der Zeitung: Politladen GmbH, Erlangen

Metallarbeiter Italien



die gegenwärtige Tarifrunde der Metallarbeiter in Italien ist nichts weiter als der offizielle Anlaß für diese Auseinandersetzung.

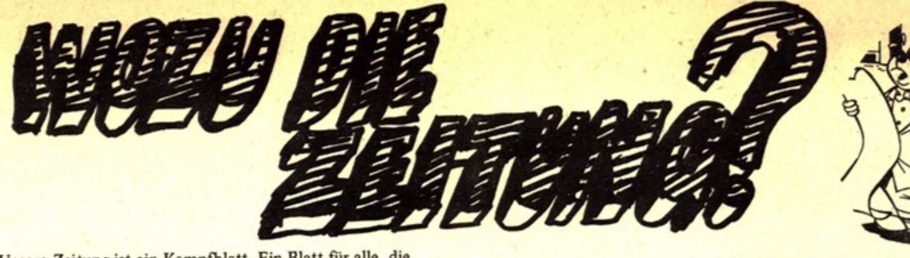
Was erwarten nun die Kapitalisten von dieser Tarifrunde?

Der Lohnstop

In erster Linie erwarten sie jenen totalen Waffenstillstand, den sie mit der Komplizenschaft der Gewerkschaften bereits in den anderen Tarifauseinandersetzungen durchgesetzt haben, vor allem in der letzten Chemie-Tarifrunde: Die Unternehmer wollen nur dann einen neuen Tarifvertrag unterschreiben, wenn die Gewerkschaften einer Einschränkung des Streikrechts zustimmen. Die Gewerkschaften, allen voran die kommunistische CGIL, hat schon ihre Bereitschaft zu einem Eingehen auf diese Erpressung gezeigt. Diese ist äußerst schwerwiegend und wird auch durch die Gewißheit nicht geringer, daß kein Papierfetzen dem Willen der Arbeiter Befehle erteilen kann. Ein Zugeständnis wie dieses, entspricht einer richtigen Antistreikgesetzgebung, die umso unerträglicher ist, als sie auf eine weitere gewerkschaftlich gebilligte Kürzung des Reallohns der Arbeiter zielt. Agnelli hat sich kürzlich in einem Interview groß aufgemacht, als er gesagt hat, daß es in einem demokratischen Staat nicht denkbar ist, die Produktionskosten durch eine Verringerung der Löhne zu senken. Früher konnte der Kapitalismus noch mit Massenentlassungen und direkten Lohnkürzungen antworten. Heute kann er das nicht mehr: nicht weil er demokratisch ist, sondern weil die Kraft und die Organisation der Arbeiter ihn ganz einfach daran hindern, auch nur im entferntesten so zu denken. Heute wird der Reallohn durch Preissteigerungen und Steuern reduziert. In dieser Situation also ist die Ablehnung der Lohnforderungen der Arbeiter ein für die Massen unerträglicher Angriff auf ihre materiellen Bedürfnisse als auch auf ihr politisches Bewußtsein. Die Linie des Lohnstops, nach einer tariflichen Lohnerhöhung, die 16.000 Lire (ca. 80 Mark) im Monat nicht überschreiten wird, ist eine klare Provokation. 50.000 Lire (250 Mark) reichen heute schon nicht mehr aus, um die Lebensteuerung und die Streikkosten der Arbeiter auszugleichen. Der garantierte Lohn ist heute überall ein zentrales Ziel. Der Lohnkampf wird über den Tarifabschluß hinaus für die Kontinuität des Arbeiterkampfes von entscheidender Bedeutung sein. Und schon heute ist der Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts und der Kampf um höhere Löhne untrennbar miteinander verbunden.

(Lotta Continua)





Unsere Zeitung ist ein Kampfblatt. Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind. Und dieser Klassenkampf ist kein Schlagwort. Wir sehen das, wenn jetzt etwa bei Hoesch in Dortmund die Arbeiter rebellieren. Oder die Klöckner Arbeiter im letzten Jahr. Aber Viele sehen nur, daß bei uns wenig gestreikt wird, daß die Arbeiter und alle anderen sich noch nicht wirklich massenhaft zusammentun und gegen die ganze Scheiße vorgehen, so wie sie das in Italien oder Frankreich machen. Natürlich stimmt das. Und trotzdem gibt es einen täglichen Klassenkampf in der Bundesrepublik, in allen möglichen Formen, mit vielen Inhalten. Was passiert denn in den großen Werken, an den Bändern jeden Tag? Es gibt tausend Fälle von Konflikten: Meister werden verprügelt, oder es wird krankgefeiert, oder man verweigert die Sonderschicht. Gruppen von Arbeitern verlangen mehr Lohn, andere setzen sich am Biertisch zusammen und reden. Lehrlinge rebellieren. Außerhalb von den Fabriken finden Hausbesetzungen statt; Gastarbeiter machen Mietstreik, Deutsche kämpfen für ein anderes Gesundheitswesen, Hausfrauen mosern über die Preise, Jugendliche besetzen Freizeitheime. Sicher, all das ist ziemlich vereinzelt, und selbst wenn viele mitmachen, schließen sie sich meist noch nicht zusammen. Aber trotzdem – und das ist das wichtigste daran – haben sie alle angefangen, ihr Leben, ihre Arbeit von irgendeinem Punkt aus in Frage zu stellen und sich an den einzelnen Punkten zu wehren. Wir meinen, daß diese Punkte Klassenkampf sind. Weil hier Leute kämpfen und weil sie selbst versuchen, etwas an ihrer Lage zu ändern.

Diese Konflikte erleben alle Beteiligten aber völlig isoliert voneinander. Wenn Arbeiter irgendwo einen Trick entwickeln, um das Band zum Stehen zu bringen, dann erfahren andere nichts davon. Dann kommt auch keine Diskussion darüber in Gang, was so eine Aktion eigentlich bedeutet und wie man sie weiterführen kann. Wenn Jugendliche ein Freizeitheim besetzen, dann hört niemand etwas davon. Die Jugendlichen bleiben unter sich und kommen erst gar nicht dazu, mit anderen darüber zu reden, warum sie ein Recht auf ein Freizeitheim haben und wie das mit ihrem Leben oder ihrer Arbeit zusammenhängt.

Es gibt eine Menge Probleme, die die Arbeiter, die Lehrlinge, die Frauen miteinander diskutieren. Oft fehlen einfach Informationen. Aber nicht nur das. Die kämpferischen Typen, die, die einfach sagen: „Mir stinkt die ganze Arbeit" oder „die Trambahn zahl' ich nicht" oder „der Hauwirt kriegt keine Miete mehr" – sie haben zu wenig Möglichkeit, über ihre Aktionen zu reden oder auch nur nachzudenken. Da stellt einer das Band ab – gut. Das ist Klassenkampf – nämlich gegen den Unternehmer. Worüber er jetzt diskutieren müßte, ist: Warum ist diese Arbeit eine Scheißarbeit? Warum haben wir das Recht, dagegen zu kämpfen? Und wie organisieren wir das?

Diese Diskussionen soll unsere Zeitung ausdrücken. Es ist klar, daß dabei nicht nur die Rede sein kann von der Lage in der Fabrik. Jeder Pendler muß überlegen, wie er seine Fahrerei nicht gar so mies gestaltet, und die meisten kämpfen z.B. um ihren Bauernhof. Die Frauen reden davon, wie sie mit dem Haushaltsgeld auskommen, wenn alle Preise davonlaufen. Viele schimpfen über die Gewerkschaftsbosse, die man nur im Dienstauto sieht. Die Leute lassen sich eben nicht mehr wie Schafe behandeln, sondern fangen überall an, zu revoltieren. Und zwar nicht nur die Deutschen: gerade auch die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter haben bewiesen, daß sie kämpfen können: Weil vor allem ihnen die eintönigste, schmutzigste und am schlechtesten bezahlte Arbeit zugewiesen wird. Weil sie nicht nur die mieseste Arbeit haben, sondern auch außerhalb in Wohnheimen kaserniert sind oder mit mehreren Familien mit den Kindern in einer Wohnung leben und dafür noch horrende Mietpreise zahlen müssen. Deshalb muß der revolutionäre Kampf in Deutschland multinational sein, denn die Arbeiterklasse in Deutschland ist multinational. Und deshalb wird die Zeitung auch von ausländischen Gruppen mitgetragen und mehrsprachig erscheinen.

Wenn Kämpfe entstehen, dann kommen alle „politischen" Gruppen und erklären den Leuten, was sie zu machen haben, was sie denken müssen: Jetzt habt ihr nur eure beschränkten Interessen im Kopf. Damit ihr politisch handelt, müßt ihr euch in der Gewerkschaft organisieren oder eine Schulung machen oder überhaupt unserer Linie folgen."

Das wird nicht der Weg unserer Zeitung sein. Warum? Weil wir wissen, daß in jedem Kampf schon die radikalen Elemente, die eigentlich das ganze System in Frage stellen, liegen. Daß wir die Meinungen der Arbeiter, der Hausfrauen zusammenfassen müssen; diese Meinungen sind immer radikal, sie gehen immer davon aus: Eigentlich muß alles anders werden. Und es geht darum, diese Denkweise klarer zu machen, ihr Mut zu machen, ihr zu helfen, aus anderen Aktionen zu lernen. Es geht darum, daß wir, die Gruppen, zusammen mit allen, die kämpfen, uns Klarheit schaffen über die Bedeutung von jedem Schritt.

Wir alle wissen aber, daß die Arbeiter, Lehrlinge, Frauen, alle die Richtung ihrer Kämpfe voll bestimmen können. Helfen wir, die Erfahrungen zu verallgemeinern, diskutieren wir theoretisch, wo es nötig ist und vor allem: Greifen wir die Manöver an, mit denen die Abwiegler aller Lager, die Gewerkschaften, die Parteien, die meisten Linken, alles ablehnen, was wirklich sagt: „Dieses Leben ist Mist. Wir wollen ein anderes!" Um dahin zu kommen, muß der jetzige Laden erst mal ganz und gar umgekrempelt werden. Das heißt: Wir wollen, daß dieser Laden nicht mehr läuft!

Nur so kann unser Programm wirklich werden; eine Gesellschaft, die unsere ist, ohne die jetzige Unterdrückung, ohne die Scheißarbeit, ohne alles, was jetzt nur besteht, um uns auszubeuten. Genau das bedeutet:

WIR WOLLEN ALLES

Es wird ein schwieriger Prozeß, bis die Zeitung wirklich ausdrücken kann, was an Kämpfen und neuen Kampfinhalten in der Bundesrepublik besteht und sich entwickelt. Für die erste Nummer haben sich die Gruppen auf das Thema Tarifrunde geeinigt – wobei der Artikel über die Auseinandersetzung bei Hoesch eine zentrale Rolle hat. Dies obwohl keine der jetzt an der Zeitung beteiligten Gruppen bei Hoesch arbeitet. Aber wir meinen, daß sich eine solche Zeitung in Beziehung setzen muß zu allen wichtigen Klassenkämpfen, daß wir lernen müssen, dort zu sein, dort Kontakte aufzubauen und die Situation wirklich zu begreifen.

Die Artikel zur Tarifrunde sind sehr unterschiedlich, weil die Gruppen eine verschiedene Geschichte haben, aber auch, weil noch nicht alle Gruppen dieselbe Vorstellung davon haben, wie die Zeitung aussehen soll, wie sie ihre Aufgabe am besten erfüllt. Das wird die weitere Arbeit mit der Zeitung zeigen, das werden diejenigen klären müssen, die die Zeitung lesen, kritisieren und mittragen. Jedenfalls soll in den Artikeln auch deutlich rauskommen, daß wir die Artikel gemacht haben und nicht ein objektiver Weltgeist. Unsere eigene Geschichte und Fehler werden deshalb immer auftauchen.

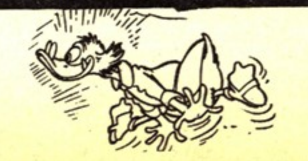
Da die erste Nummer schon ziemlich umfangreich ist, haben wir uns dazu entschlossen, sehr bald danach eine zweite Nummer zum Problem der Regionsarbeit, der Häuserkämpfe, der Frage: Was haben Stadtteil und Fabrik miteinander zu tun, herauszubringen. Wir waren über diese Trennung vom Konzept her ziemlich unzufrieden, denn Fabrik und Lebensbereich kann man nicht trennen. Aber wir meinen, daß in Zukunft eine solche Trennung nicht mehr nötig sein wird – wenn die Zeitung regelmäßig erscheint.

Die Zeitung hat nur dann einen Sinn, wenn die Leute, die sie lesen, sie auch benutzen. Das heißt, daß sie Berichte schreiben über Aktionen und Konflikte, die sich irgendwo abspielen. Daß sie schreiben, wenn sie Artikel schlecht finden, wenn sie Aktionen nicht verstehen. Damit die Zeitung wirklich ein Kampfblatt sein kann, muß sie als Kampfmittel verstanden werden, das wir alle gemeinsam benutzen.



WIR WOLLEN ALLES
Postanschrift: 8551 Gaiganz Nr. 12

Die Zeitung kostet im Abonnement DM 12,00 für 12 Nummern inklusive Versandkosten. Der Aboversand wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag auf dem Konto der Zeitung eingegangen ist.
Sämtliche Zahlungen nur auf dieses Konto:
Gerd Schnepel, Erlangen; Postscheckamt Nürnberg Nr. 72890-852
Kein Abo-Versand in Orte mit politischen Buchhandlungen!
Presserechtlich verantwortlich:
Gisela Erler 8 München 80 Josephsburgstraße 16



GENOSSEN, falls Ihr es schon vergessen habt: WIR BRAUCHEN SPENDEN!



Der Fall della Savia

Die Affaire Valpreda ist keine italienische Angelegenheit. Wenn die Linken bei uns das bisher noch nicht begriffen hatten, so sorgt zur Zeit die deutsche Justiz dafür, daß wir es merken. Am 13. Januar dieses Jahres holte die deutsche Grenzpolizei in Bentheim an der holländischen Grenze Angelo Pietro Della Savia aus dem Zug nach Dänemark, wo er um politisches Asyl nachsuchen wollte. Seitdem sitzt er in der Justizvollzugsanstalt Lingen (zwischendurch in Oldenburg) und wartet darauf, daß ihn die deutschen Behörden an Italien ausliefern. Sein Bruder, Olivio wurde wenige Tage später in Wiesbaden in seiner Wohnung verhaftet und sitzt seitdem in Frankfurt in der Hammelsgasse und wartet ebenfalls auf seine Auslieferung.

Angelo und Ivo sind in Italien bekannt. Sie werden zu der Valpreda-Gruppe gezählt, einer Gruppe, die man beschuldigt, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, Sprengstoff hergestellt und besessen, sowie Explosivmaterial gestohlen zu haben. Ihr wurden die schweren Dynamitattentate an der Fiera Campionaria (Messe) und am Hauptbahnhof von Mailand vom 25. April 1969 und auch das schwere Bombenattentat an der Piazza Fontana in Mailand am 12. Dezember 1969 zur Last gelegt.

Die Ermittlungen führte seinerzeit ein Kommissar namens Calabresi. Er verhaftete Angelo Della Savia, Guiseppe Pinelli, Borghese und Roberto Mander. Am 15. Dezember wird Valpreda verhaftet. Am selben Tag um 23 Uhr 45 fällt Pinelli aus dem Fenster des Polizeikommissariats, in dem er von Calabresi vernommen wurde. Die offizielle Version lautete zunächst: Selbstmord. Heute wissen wir, Pinelli wurde ermordet. Der Prozeß gegen Valpreda, Della Savia und die anderen Genossen wurde zu einem Desaster für die, die ihn eingefädelt hatten. Soweit sie sich auf die Anschläge an der Fiera Campionaria und am Hauptbahnhof in Mailand bezogen, mußten alle Anklagen fallen gelassen werden. Während des Prozesses stellte sich nämlich heraus, daß die Polizeibehörden in ihren „Ermittlungen" vor keiner Fälschung und vor keiner Rechtsverletzung zurückgeschreckt waren. So hatte Calabresi eine Reihe von Protokollen gefälscht und die Aussagen der Vernommenen verändert, die Beschuldigten Braschi und Faccioli waren durch körperliche Gewalt zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Es wurde aber nicht nur gefoltert und gemordet, es gab auch noch andere Mittel: So stellte sich während der Hauptverhandlung heraus, daß eine Zeugin in einer belastenden Aussage durch Zahlung einer Geldsumme angehalten worden war. Gegen Kommissar Calabresi wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Zeugenbestechung eingeleitet. Aber die italienische Justiz gab sich nicht geschlagen. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß Angelo Della Savia in zwölf Fällen von dem Verdacht freizusprechen war, Terroranschläge verübt zu haben, konstruierte man aus dem Rest der Beschuldigungen noch eine Geschichte, die genügte, ihn für 8 Jahre ins Zuchthaus zu bringen!!!

Der einzige Zeuge vom Mord an Pinelli – Sergio Ardan – der zu diesem Zeitpunkt in einem Nachbarraum verhört wurde, hat in Paris um politisches Asyl nachgesucht, weil er in Italien seines Lebens nicht mehr sicher war. Die französischen Behörden weigerten sich, ihm eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Wenn auch der Asylantrag abgelehnt wird, wird Sergio nach Italien abgeschoben. Das ist Beihilfe zum Mord durch die Pompidou-Regierung (die zur Zeit den Ausgang der Wahlen abwartet).

Zur gleichen Zeit verfolgte bereits der Kommissar Juliano aus Padova eine andere Spur, die zu den Faschisten Freda und Ventura führte. Er schickte seinen Bericht an das Innenministerium. Dort verschwand die Akte. Wenig später wird der Kommissar angeklagt, weil er diese Spur weiter verfolgt hat. Mittlerweile ist klar, wer die Bomben im April und am 12. Dezember 69 gelegt hat, Freda und Ventura. Das bedeutet, daß Valpreda wegen dieses Vorwurfs über zwei Jahre unschuldig in Untersuchungshaft gesessen hat!!!

Bereits am 7. 12. 1969 hatte die britische Zeitung „Observer" ein unterschlagenes Dokument des griechischen Geheimdienstes publiziert. Dieses Dokument bezog sich insbesondere auf das Attentat an der Fiera Campionaria in Mailand und erwähnte lobend dies „von Agenten des griechischen Geheimdienstes verübte Aktion". Man versprach sich in diesem Dokument von der Wiederholung solcher Attentate in größerem Ausmaß eine günstige Reaktion der Öffentlichkeit zugunsten der Rechten und des italienischen Militärs, in dem man diese Attentate den Anarchisten in die Schuhe schob. Man wollte dadurch die Bedingungen für einen Staatsstreich schaffen, ähnlich wie es seinerzeit die Obristen in Griechenland gemacht hatten. Wir wissen unterdessen, daß diese Rechnung nicht abwegig war. Das penetrante Schweigen des Innenministers Restivo zu all diesen Vorfällen bis zur Auflösung des Parlaments Anfang 1972 zeigte, daß es auch in der Regierung teilweise eine Unterstützung dieses Plans gab.



Pietro Valpreda

Da das Urteil gegen Angelo Della Savia noch nicht rechtskräftig war, wurde er vorläufig auf freien Fuß gesetzt (29. Mai 1970). Er erhielt die Auflage, sich zweimal wöchentlich bei dem zuständigen Polizeirevier zu melden. Einige Zeit lang kam er der Auflage nach. Dann aber nahmen die Terroraktionen der Faschisten gegen Genossen und ihre Wohnungen, linke Organisationen und Gruppen und ihre Büros immer mehr zu. Im Zusammenhang mit dem Valpreda-Prozeß kamen auf die merkwürdigste Weise nicht weniger als 14 Personen ums Leben, die als Zeugen für die Unschuld der Angeklagten in Frage kamen. Mysteriöse Autounfälle, Selbstmorde durch Fensterstürze oder Gasvergiftung. So soll auch der dritte Bruder Della Savia, Mario, acht Tage, nachdem er aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, Selbstmord durch Gas verübt haben. Zweifel an der Selbstmordversion kamen bei den Ermittlungsbehörden trotz Würgemalen am Hals und einer Kopfwunde nicht auf. Nicht verwunderlich, daß Angelo es vorzog, unterzutauchen und sein Leben zu retten. Ebenso sein Bruder Ivo. Er ging nach Belgien, wo er einen Asylantrag stellte. Zwar weigerte sich Belgien, dem Auslieferungsgesuch der italienischen Regierung nachzukommen, aber es schob ihn über die Grenze in die BRD ab. Hier lebte Ivo, der seinen Wohnsitz in Wiesbaden ordnungsgemäß angemeldet hatte, einige Monate unbehelligt von Polizei und Justiz, obgleich er in der internationalen Fahndungsliste eingetragen war. Erst nachdem Angelo verhaftet worden war, schlug die deutsche Polizei – auf Ersuchen von Interpol Rom – gleich ein zweites Mal zu. Am 18. Januar wurde auch Ivo festgenommen.

Man könnte bei oberflächlicher Betrachtung natürlich glauben, daß die Brüder Della Savia nun endlich der international verflochtenen Fahndung quasi zufällig in die Maschen gegangen sind, nachdem sie vorher ebenso zufällig nicht unter Kontrolle standen. Mehr spricht allerdings für die These, die von der italienischen Linken hierzu vertreten wird:

Es ist nicht zufällig, daß Angelo und Ivo erst jetzt nach der Haftentlassung Valpredas festgenommen wurden. Die Schlappe, die die italienische Justiz und die Untersuchungsbehörden im Fall Valpreda einstekken mußte, soll jetzt durch die Verfolgung der Brüder Della Savia wettgemacht werden. Jetzt, wo auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit an der Unschuld Valpredas kein Zweifel mehr besteht und wegen der Bombenattentate schließlich im Dezember 1971 die Faschisten Freda und Ventura verhaftet und angeklagt werden. Jetzt, wo auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit an der Unschuld Valpredas kein Zweifel mehr besteht und wegen der Bombenattentate schließlich im Dezember 1971 die Faschisten Freda und Ventura verhaftet und angeklagt werden mußten, braucht die italienische Justiz die spektakuläre Verhaftung der Brüder Della Savia, um die alleinige Verfolgung der sogen. „roten Spur" (pista rossa) nachträglich legitimieren und die anarchistischen Gruppen weiter kriminalisieren zu können. Jetzt versucht man, eine Verbindung von Anarchisten und Faschisten zu konstruieren.

In diesem abgekarteten Spiel ist den Brüdern Della Savia – die bisher für die italienischen Behörden nur Randfiguren waren – eine zentrale Rolle zugedacht. Zunächst versuchte man Ivo als neuen Belastungszeugen gegen Valpreda zu ködern. Am 11. Dezember, demselben Tag, an dem Valpredas Freilassung durch das Gericht angeordnet werden mußte, wurde Ivo in Wiesbaden von dem faschistischen Anwalt Ascari besucht und sollte durch die Versprechung, ihm politisches Asyl in Belgien zu verschaffen, zu einer Falschaussage gegen Valpreda bewogen werden: Nachdem Ivo nicht auf den Bestechungsversuch einging, spricht vieles dafür, daß die Brüder Della Savia nun anstelle Valpredas als Hauptschuldige – unter Umständen neben oder im Zusammenhang mit den Faschisten – aufgebaut werden sollen.

Selbst wenn den italienischen Verfolgungsbehörden der Schreck der Valpreda-Affäre noch zu tief in den Knochen stecken sollte, so daß sie davon Abstand nähmen, Ivo und Angelo die Attentate des 12. Dezember in die Schuhe zu schieben, ist doch damit zu rechnen, daß sie versuchen werden, den Della Savias andere Bombenanschläge oder Sprengstoffdelikte anzuhängen, denn nur so läßt sich die Konstruktion der „politischen Komplizenschaft" in ihrer „gemeinsamen destruktiven Tätigkeit" (so „La Stampa" über das angebliche Ermittlungsergebnis der Bullen: Verbindung der roten und der schwarzen Spur) von Faschisten und Anarchisten aufrechterhalten.

Dafür daß die deutsche Justiz ihre Rolle hierbei umstandslos spielt, ist durch die Amts- und Rechtshilfegesetze der BRD und das den deutschen Richtern mit ihren italienischen Kollegen gemeinsame Vorverständnis bestens gesorgt. So zeichnet sich der 2. Senat des Oberlandesgerichts in Oldenburg gleich durch fundierte Aktenkenntnis aus: „Nach dem gegenwärtigen Inhalt der Akten läßt sich nicht feststellen, daß der politische und nicht der kriminelle Charakter der Taten des Verfolgten (in diesem Falle: Angelo) überwiegt. Deshalb war . . . die vorläufige Auslieferungshaft anzuordnen." Der Fall Valpreda, Della Savia, der in Italien eine politische Krise und eine Krise der Justiz auslöste, bei dem Genossen durch die Polizei regelrecht hingerichtet wurden, ist für diese Richter eine kriminelle Angelegenheit. Sie haben recht: Kriminell ist der Staat, der die Auslieferung fordert, und kriminell sind die deutschen Richter und Bullen, die die Della Savias in der Zelle isolieren, ihnen Bücher, Zeitschriften und Besuche verweigern, Briefe zurückhalten – kurz all das tun, was sie bei den RAF-Genossen täglich einüben. Angelo und Ivo werden zur Zeit in aller Stille fertiggemacht.

Frankfurter Anwälte haben Asylanträge für die beiden gestellt. Aber die Bereitschaft, darin einen politischen Fall zu sehen, und die beiden davor bewahrt, nach Italien ausgeliefert zu werden, wird bei den zuständigen Behörden nicht durch noch so wohlgesetzte juristische Argumentation erzeugt. Das schaffen wir nur, indem wir jene diplomatische Heimlichtuerei durchkreuzen, die zur Zeit zwischen der italienischen Regierung und den Verantwortlichen in der BRD beginnt.

Die Auslieferung der beiden Genossen wäre eine Niederlage für die ganze linke Bewegung in Italien. Sie wäre auch eine Niederlage für uns. Schaffen wir einen neuen Skandal Valpreda, verhindern wir die Auslieferung!!!

(Revolutionärer Kampf)